

Informationen

zur politischen Bildung / izpb

bpb:

339 4/2018 – 1/2019

B6897F



**Wahlen zum
Europäischen Parlament**

Inhalt



7



11



18



27

40 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Bedeutung der bevorstehenden Wahlen

4
6

Funktionsweisen des EP

Wahlbestimmungen und Beteiligung

Kompetenzen

Zusammensetzung

Transnationale Listen

Arbeitsweise

Fraktionen und europäische Parteien

Koalitionen und Abstimmungsverhalten

10
10
15
17
18
20
22
24

Kompetenzen im Praxistest: die Wahlperiode von 2014 bis 2019

Spitzenkandidaten und Postenvergabe

Beispiele für Handlungsfelder des Europäischen Parlaments

Zwischenfazit: die Rolle des EP zwischen Anspruch und Wirklichkeit

26
26
27
28

Die EP-Wahlen 2019 als Richtungswahlen

29

Terminplan Europawahl

32

Editorial

Zum neunten Mal seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in diesem Frühjahr das Europäische Parlament (EP). In einer Zeit, in der sich die EU bislang ungeahnten Herausforderungen gegenüberstellt, werden die Ergebnisse diesmal mit weitaus mehr Spannung erwartet als bei früheren Wahlen.

Die EP-Wahlen konnten in der Mehrheit der Mitgliedstaaten nicht annähernd den Stellenwert von nationalen Wahlen erreichen. Dies ist allein schon an den Beteiligungsraten ablesbar. Denn es fehlt dafür nicht zuletzt eine Medienöffentlichkeit, in der die parlamentarische Arbeit gesamt-europäisch ausreichend debattiert, beobachtet und kommentiert wird.

Die EU wird nur selten mit einer nachhaltigen Verbesserung von Verbraucherrechten in Verbindung gebracht, etwa der DSGVO, oder der Abschaffung der *Roaming*-Gebühren. Auf Ebene der Regierungen überwiegen zudem weiterhin meist eigene, nationale Interessen. Wenig hilfreich ist auch, dass ein relativ hoher Anteil von Abgeordneten dem eigenen Parlament und der EU generell skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Die Rekrutierung der Abgeordneten und die Bildung und Organisation der EP-Fraktionen erscheint vielen undurchsichtig und bürgerfern.

Tatsächlich ist der Grad supranationaler Integration, wie ihn die EU erreicht hat, einmalig in der Welt. Das Europäische Parlament, in dem die Abgeordneten je nach politischer Zugehörigkeit länderübergreifend Fraktionen bilden, verkörpert diesen supranationalen Charakter der EU wie keine andere ihrer Institutionen.

Dass dies trotz großer politischer und kultureller Unterschiede seit Jahrzehnten gelingt, lässt sich als Zeichen von Stabilität interpretieren. Mehr noch: Spätestens seit dem Vertrag von Lissabon hat das Parlament erheblich an Einfluss gewonnen und agiert bei der Gesetzgebung überwiegend auf Augenhöhe mit Rat und Kommission. Was hier entschieden wird, hat unmittelbar Einfluss auf das Leben von mehr als fünfhundert Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürgern.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine eingehende Beschreibung des Parlaments, seiner Zusammensetzung und seiner Arbeitsweise umso wichtiger. Hierzu gehört auch, Bilanz zu ziehen, in welchen Politikfeldern das EP seit den Wahlen von 2014 Akzente setzen konnte. Tabellen mit aktuellen Daten zu Abgeordneten, Parteien und Fraktionszugehörigkeiten sowie Grafiken zu Strukturen und Entscheidungsprozessen bieten Ansätze zu einer vertiefenden Analyse. Ergänzungstexte gewähren Einblicke in den beruflichen Alltag der Parlamentsmitglieder. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, welche positiven Kräfte die EU und damit auch das Parlament aus aktuellen Problemlagen und berechtigter Kritik für ihre zukünftige Arbeit schöpfen können.

Zukunftsdebatten sind immer von Unsicherheiten geprägt – für die EU gilt dies angesichts des bevorstehenden Austritts Großbritanniens und seiner Folgen, die bei Redaktionsschluss noch nicht abzusehen waren, in besonderem Maße. Umso wichtiger ist es, sich in den Tagen vom 23. bis 26. Mai an den Wahlen zu beteiligen.

Dr. André Hein



28



29

Literaturhinweise 34

Internetseiten und aktuelle Umfragen 34

Die Autoren 35

Impressum 35

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Jahresende 2018 hat das Unternehmen, das seit Sommer 2015 zuverlässig für Druck, Herstellung und Versand der „Informationen zur politischen Bildung“ zuständig war, leider den Betrieb eingestellt.

Neue Projekte mussten daher aufgeschoben werden, bis Ersatz gefunden war. Druck und Herstellung der vorliegenden Heftausgabe hat kurzfristig das Druckhaus Kaufmann, Lahr, übernommen, die Firma ssm system service marketing, Mannheim, organisiert den Versand.

Wir bedanken uns bei beiden Vertragspartnern und bitten um Nachsicht, dass die geschilderten Entwicklungen zu einer nicht beabsichtigten Zeitverschiebung bei der Heftproduktion geführt haben.

NICOLAI VON ONDARZA UND FELIX SCHENUIT

40 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Der Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Politik der Europäischen Union ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Dies allein erklärt jedoch noch nicht die besondere Bedeutung der bevorstehenden Wahlen im Mai 2019 – sie werden auch über die Zukunft des europäischen Integrationsprojektes entscheiden.



Herzlich willkommen! Dieses Gebäude im elsässischen Straßburg wurde nach der aus Frankreich stammenden, europäischen Vordenkerin Louise Weiss benannt und ist seit seiner Eröffnung im Jahr 1999 Sitz des Europäischen Parlaments. Die Abgeordneten pendeln jeden Monat zwischen hier ...

Seit 1979 haben die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten alle fünf Jahre das Recht, ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten im Europäischen Parlament (EP) direkt zu wählen. Über die letzten 40 Jahre hinweg hat es sich in seiner Zusammensetzung und seinen Kompetenzen dabei stark verändert. Während 1979 noch 410 Abgeordnete aus neun Mitgliedstaaten im Parlament zusammenkamen, hat sich die EU auf (noch) 28 Mitgliedstaaten erweitert, die in der Wahlperiode 2014 bis 2019 751 Abgeordnete in das EP wählten. Damit gehört das Europaparlament zu den weltweit größten Parlamenten.

In der Zeit seit den ersten Direktwahlen wurden auch die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments Schritt für Schritt erweitert. Während es bei der ersten Direktwahl 1979 zu vielen wichtigen Themen höchstens befragt wurde, spielt das Parlament bei der EU-Gesetzgebung heute vielfach eine entscheidende Rolle. Insbesondere der im Jahr 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag trug dazu bei, dass das Parlament in vielen Bereichen auf Augenhöhe mit den nationalen Regierungen im Ministerrat der EU Rechtsakte verabschiedet, den EU-Haushalt beschließt oder internationale Abkommen absegnet.

Das bekannteste Beispiel für die neue Bedeutung des EP zeigt sich in dem sogenannten Spitzenkandidaten-Verfahren.

Im Jahr 2014 kandidierten erstmals Vertreterinnen und Vertreter aus den europäischen Parteien um das Amt des Kommissionspräsidenten – das Parlament beanspruchte, dass der „Gewinner“ der Europawahlen Präsident der Kommission werden sollte. In den Jahren zuvor wurde der Kommissionspräsident durch den Europäischen Rat bestimmt, dessen Vorgehen dabei häufig für seine Intransparenz kritisiert wurde. Bei den Europawahlen 2019 können die Bürgerinnen und Bürger der EU also sowohl die Besetzung der Führungspositionen, als auch die politische Ausrichtung der EU maßgeblich mitbestimmen.

Die Stärkung des EP im Rahmen des Lissabon-Vertrags galt auch als eine Reaktion auf das Demokratiedefizit der Europäischen Union. Als einzige direkt demokratische Institution im politischen System der EU kommt dem Parlament hier eine wichtige Rolle zu. Dass die demokratische Repräsentation der EU-Bürgerinnen und Bürger auf EU-Ebene jedoch weiterhin kein vollständig gelöstes Problem ist, zeigt der Blick auf die formalen und tatsächlichen Kompetenzen des EP. Jenseits der Gesetzgebung, insbesondere bei der Bewältigung der großen Krisen der EU, hat das Parlament weiterhin nur begrenzte Einflussmöglichkeiten.



... und diesem Parlamentssitz in Brüssel, durch dessen Namensgebung zwei Gründerväter der Europäischen Integration gewürdigt werden: links der Belgier Paul-Henri Spaak, rechts der Italiener Altiero Spinelli.

Bedeutung der bevorstehenden Wahlen

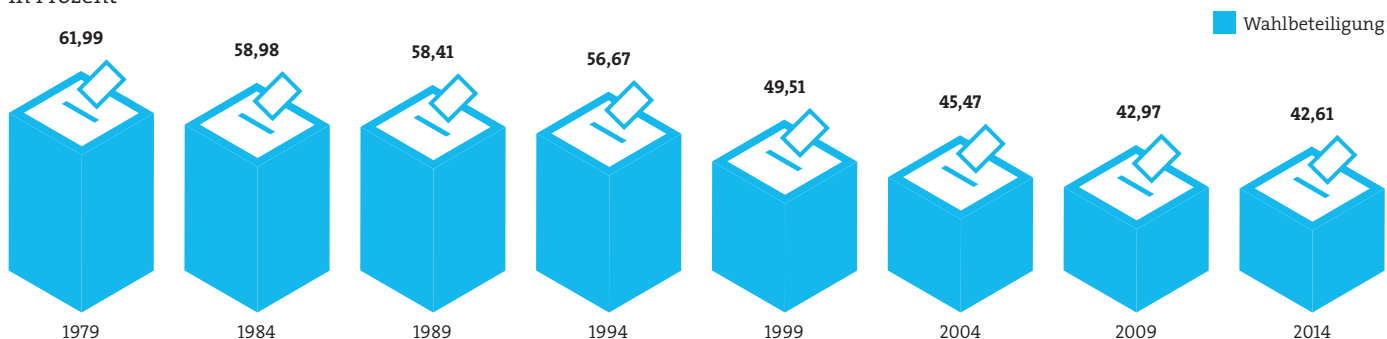
Europawahlen gelten traditionell als sogenannte Wahlen zweiter Ordnung, die eher einer Aneinanderreihung von 28 nationalen Wahlen denn einer gemeinsamen europäischen Wahl gleichen. Diese untergeordnete Bedeutung äußerte sich bei den bisherigen Europawahlen vielfach: Für nationale Parteien, insbesondere Parteien der politischen Mitte, war der Europawahlkampf nur zweitrangig. Jenseits einzelner Versuche gab es bisher kaum EU-weite Wahlkämpfe oder aussagekräftige Wahlprogramme der Parteien. Bei den Europawahlkämpfen dominierten daher in vielen Mitgliedstaaten auch nationale statt europapolitische Themen. Ebenso nutzten Wählerinnen und Wähler die Europawahl häufig eher als Abstimmung, um ihrer nationalen Regierung einen Denzettel

zu verpassen, und weniger, um europapolitische Akzente zu setzen. Nicht zuletzt ist die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europaparlament seit der ersten Wahl 1979 durchgängig gesunken und liegt in allen Mitgliedstaaten deutlich unter dem Niveau von nationalen Wahlen.

Doch die Europawahlen 2019 könnten zu einer Richtungs- wahl über die Zukunft der Europäischen Union werden: Nicht nur weil das Parlament an Bedeutung gewonnen hat, sondern vor allem auch, weil sich das europäische Parteiensystem gerade fundamental wandelt. Während die etablierten Parteien an Unterstützung verlieren, haben rechtspopulistische und EU-skeptische Parteien europaweit zugelegt. Gleichzeitig gibt es verstärkte Bemühungen, die traditionell zersplitterten EU-skeptischen Kräfte in einer Sammelbewegung zu vereinen. Die Versuche, diese Kräfte zu einen, reichen bis in die christdemokratisch-konservative Europäische Volkspartei (EVP), in der der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán zunehmend in

Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1979–2014

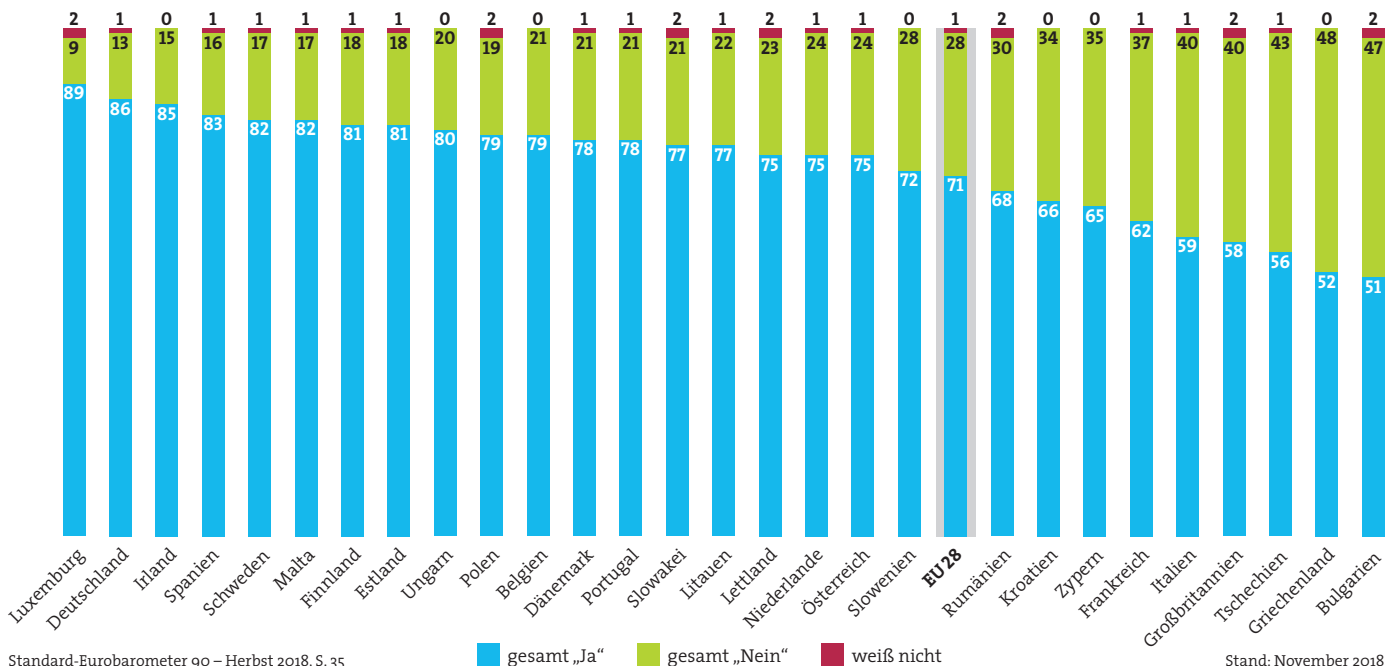
in Prozent



<http://www.europarl.eu/elections2014-results/de/turnout.html>; Quelle: TNS/ScytI in Zusammenarbeit mit dem Europaparlament

Europäische Bürgerschaft

Bitte sagen Sie mir für die folgende Aussage, inwieweit diese Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht entspricht. Sie fühlen sich als Bürger der EU (in %)



Standard-Eurobarometer 90 – Herbst 2018, S. 35

■ gesamt „Ja“ ■ gesamt „Nein“ ■ weiß nicht

Stand: November 2018

die Kritik gerät. Parteipolitisch wurde die Europäische Union bisher von der EVP und den europäischen Sozialdemokraten dominiert. Da beide Parteifamilien jedoch in vielen Mitgliedstaaten an Zustimmung verloren haben, drohen sie 2019 erstmals ihre absolute Mehrheit im EP zu verlieren.

Diese Veränderungen finden in einer Zeit statt, in der das europäische Integrationsprojekt durch den Brexit ohnehin schon ernsthaft in Frage gestellt worden ist. Obwohl die Zustimmungswerte für die EU seit dem britischen Referendum steigen und EU-skeptische Parteien in anderen Mitgliedstaaten von der Forderung, die EU ganz verlassen zu wollen, abrücken, könnte mit der bevorstehenden Wahl nach einem Krisenjahrzehnt die grundlegende Ausrichtung der EU verändert werden. Europapolitische Themen sind polarisierend wie nie zuvor. Der Umgang mit Migration und die Zukunft der europäischen Asylpolitik, die Reform der Eurozone und die europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Handelspo-

litik sowie der Umgang mit den USA unter Präsident Donald Trump, Russland oder China, die Regulierung der nächsten technologischen Fortschritte wie künstlicher Intelligenz oder selbstfahrenden Autos, die europäische Klimapolitik – all dies sind europäische Themen von politisch sehr hoher Bedeutung, welche die Europawahlen zu einer Richtungswahl machen.

Darüber hinaus haben die Europawahlen auch an Bedeutung für die Besetzung der Spitzenpositionen in der EU gewonnen. Nicht erst seit der vergangenen Wahlperiode gilt das Jahr der Europawahlen in Brüssel als „Jahr des institutionellen Übergangs“. Denn sowohl der Präsident der EU-Kommission als auch die Hohe Vertreterin der EU, welche die Union nach außen vertritt, sind an das Europäische Parlament und dessen Mehrheit gebunden. Auch der Präsident des Europäischen Rates, aktuell Donald Tusk, wird 2019 von den Staats- und Regierungschefs der EU neu gewählt, worauf das Wahlergebnis zumindest implizit einwirkt.



picture alliance / FOTOGRAMMA / Claudio Sisto / IPA



picture alliance / Photoshot / Tim Ireland



picture alliance / ZUMA PRESS.com / Sachelle Baabbar

Europapolitische Themen polarisieren wie nie zuvor. Oben links: Geflüchtete betreten im Januar 2019 im Hafen von Valletta/Malta europäischen Boden. Oben rechts: Ein Boot nimmt am 15. Juni 2016, acht Tage vor dem Brexit-Referendum, an einer Flottille teil, die für den Austritt Großbritanniens aus der EU wirbt. Unten: proeuropäische Demonstration in München, Juni 2018



©Thomas Pfaffmann

Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?
in Prozent

| | Einwanderung | Terrorismus | Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedsstaaten | Wirtschaftliche Lage | Klimawandel | Arbeitslosigkeit | Einfluss der EU in der Welt | Steigende Preise / Inflation / Lebenshaltungskosten | Umwelt | Kriminalität | Renten | Energieversorgung | Steuern |
|----------------|--------------|-------------|---------------------------------------------------------|----------------------|-------------|------------------|-----------------------------|-----------------------------------------------------|--------|--------------|--------|-------------------|---------|
| EU 28 | 40 | 20 | 19 | 18 | 16 | 13 | 11 | 9 | 9 | 9 | 5 | 4 | 4 |
| Belgien | 42 | 18 | 17 | 12 | 26 | 8 | 9 | 15 | 14 | 10 | 9 | 10 | 4 |
| Bulgarien | 51 | 33 | 10 | 13 | 8 | 5 | 9 | 14 | 3 | 11 | 3 | 3 | 2 |
| Tschechien | 58 | 42 | 16 | 8 | 8 | 4 | 9 | 8 | 9 | 10 | 5 | 4 | 2 |
| Dänemark | 48 | 19 | 12 | 14 | 31 | 7 | 15 | 4 | 15 | 11 | 1 | 3 | 2 |
| Deutschland | 45 | 13 | 30 | 13 | 21 | 8 | 14 | 6 | 9 | 11 | 4 | 6 | 1 |
| Estland | 65 | 25 | 14 | 12 | 8 | 4 | 11 | 8 | 6 | 6 | 3 | 5 | 3 |
| Irland | 32 | 27 | 13 | 14 | 27 | 13 | 11 | 16 | 13 | 9 | 3 | 5 | 4 |
| Griechenland | 44 | 24 | 26 | 27 | 4 | 17 | 13 | 5 | 5 | 12 | 3 | 5 | 6 |
| Spanien | 38 | 20 | 16 | 25 | 10 | 19 | 9 | 8 | 9 | 6 | 6 | 3 | 5 |
| Frankreich | 33 | 22 | 13 | 17 | 22 | 14 | 10 | 16 | 15 | 9 | 6 | 4 | 2 |
| Kroatien | 48 | 32 | 19 | 15 | 9 | 10 | 10 | 12 | 2 | 14 | 3 | 6 | 3 |
| Italien | 41 | 15 | 14 | 27 | 11 | 34 | 5 | 10 | 5 | 9 | 6 | 3 | 10 |
| Zypern | 52 | 26 | 15 | 22 | 12 | 20 | 2 | 9 | 5 | 19 | 2 | 1 | 2 |
| Lettland | 47 | 26 | 16 | 15 | 9 | 6 | 9 | 11 | 5 | 10 | 4 | 4 | 6 |
| Litauen | 42 | 35 | 11 | 14 | 11 | 7 | 8 | 16 | 3 | 10 | 2 | 3 | 7 |
| Luxemburg | 41 | 18 | 20 | 10 | 19 | 14 | 8 | 12 | 15 | 12 | 6 | 4 | 2 |
| Ungarn | 54 | 29 | 16 | 13 | 13 | 7 | 10 | 8 | 4 | 12 | 6 | 7 | 3 |
| Malta | 61 | 27 | 11 | 10 | 7 | 7 | 4 | 4 | 11 | 18 | 1 | 2 | 1 |
| Niederlande | 49 | 18 | 34 | 15 | 31 | 2 | 17 | 2 | 12 | 5 | 1 | 4 | 1 |
| Österreich | 38 | 10 | 28 | 14 | 19 | 12 | 15 | 14 | 14 | 11 | 7 | 6 | 5 |
| Polen | 43 | 30 | 12 | 13 | 9 | 6 | 9 | 11 | 9 | 9 | 6 | 5 | 5 |
| Portugal | 30 | 35 | 21 | 16 | 8 | 11 | 6 | 8 | 3 | 6 | 2 | 1 | 4 |
| Rumänien | 25 | 24 | 14 | 16 | 12 | 7 | 8 | 13 | 10 | 15 | 6 | 8 | 6 |
| Slowenien | 58 | 20 | 11 | 13 | 12 | 11 | 9 | 7 | 8 | 9 | 5 | 3 | 7 |
| Slowakei | 48 | 23 | 18 | 12 | 12 | 6 | 12 | 14 | 13 | 12 | 5 | 4 | 3 |
| Finnland | 38 | 23 | 29 | 16 | 36 | 6 | 15 | 6 | 13 | 6 | 2 | 3 | 2 |
| Schweden | 38 | 11 | 16 | 16 | 46 | 6 | 17 | 2 | 22 | 8 | 1 | 7 | 1 |
| Großbritannien | 31 | 19 | 19 | 24 | 14 | 13 | 17 | 7 | 7 | 7 | 2 | 2 | 4 |

■ häufigste Antwort ■ zweithäufigste Antwort ■ dritthäufigste Antwort

maximal zwei Nennungen

Was halten die Deutschen von der Europäischen Einigung?

[...] [Z]u keinem Zeitpunkt war die Annahme richtig, dass sich die Bevölkerung von der Europäischen Union abgewandt habe. Die Allensbacher Umfragen [...] zeigen deutlich, dass die Deutschen auch auf dem Höhepunkt der Sorgen um den Euro, um die finanzielle Stabilisierung Griechenlands und um den Zustrom der Flüchtlinge von ihrer grundsätzlich europa-freundlichen Haltung nicht abgewichen sind. Die Begeisterung, die der Gedanke an die Europäische Einigung in früheren Jahrzehnten entfachte hatte, war allerdings schon lange verflogen.

Mit dem Entschluss des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, und mit der Wahl Emmanuel Macrons zum französischen Staatspräsidenten schien sich das Meinungsklima zu wandeln. Erstmals nach längerer Zeit wuchs das Ansehen der Europäischen Union wieder. Es war, als würde den Bürgern der Wert des vereinten Europas erst bewusst, als es in Gefahr geriet. Heute wird nach Jahren der Forderungen, Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückzuverlagern, wieder von einer Vertiefung der Integration gesprochen. [...] Wie steht die Bevölkerung heute [Anfang 2018] [...] zur europäischen Integration? Ist etwas von der in der Politik beschworenen Aufbruchsstimmung zu spüren, oder überwiegt die Skepsis? [...]

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass das Europabild der Deutschen weitaus weniger stark schwankt, als man annehmen könnte. Ein Beispiel ist die Frage „Was bedeutet die EU für Sie?“ Dazu wurde eine Liste mit 13 Punkten zur Auswahl überreicht. 78 Prozent der Befragten sagten, die EU sei für sie eine Wirtschaftsgemeinschaft, die dazu diene, den Handel zwischen den europäischen Ländern zu erleichtern und zu fördern. 72 Prozent wählten den Punkt „ein Europa ohne Grenzen, in dem man ungehindert reisen und seinen Beruf ausüben kann“. 60 Prozent dachten an Vorteile für die Verbraucher durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine gemeinsame Währung, 57 Prozent an eine wuchernde Bürokratie und einen großen, schwer durchschaubaren Beamtenapparat.

Bei den meisten Punkten unterscheiden sich die Antworten kaum von denen, welche die Befragten 2013 und 2014 gegeben hatten, als die Frage zuletzt gestellt worden war. Einen deutlichen Rückgang gab es indes bei der Aussage, die EU sei ein Risiko für den Wohlstand in Deutschland. Diesen Punkt hatten 2013 41 Prozent ausgewählt, in der aktuellen Umfrage waren es noch 18 Prozent.

Aufschlussreich ist, wie sich bei dieser Frage im vergangenen Jahrzehnt die Antworten verändert haben. Als sie 2010, kurz vor Ausbruch der Finanzkrise in Griechenland, gestellt wurde, erhielten die zur Auswahl gestellten positiven Aussagen im Durchschnitt eine Zustimmung von 51 Prozent der Befragten. Bei den negativen Aussagen lag der Durchschnittswert bei 42 Prozent. 2014, nach der Griechenland-Krise, hatte bei denselben Punkten die Zahl der negativen Aussagen deutlich auf durchschnittlich 56 Prozent zugenommen, aber auch bei den positiven war eine Zunahme auf 59 Prozent zu verzeichnen.

Die Krise hatte die Bürger dazu gebracht, sich intensiver als zuvor mit dem Thema Europa zu beschäftigen. Damit waren ihre Vorstellungen von der EU klarer und vielfältiger geworden – positive wie negative. Die aktuellen Ergebnisse unterscheiden sich mit durchschnittlich 56 Prozent für die positiven und 54 Prozent für die negativen Aussagen nicht wesentlich von denen des Jahres 2014.

Angesichts der Vorwürfe, die gelegentlich zu hören waren, bei der Europäischen Union handele es sich um einen „Superstaat“, der die europäischen Völker unterdrücke, wurde zum ersten Mal auch die Antwortmöglichkeit, die EU sei „eine überflüssige Institution, die die einzelnen Länder bevormundet“, in die Liste aufgenommen. Diese Haltung wird nur von einer kleinen Minderheit von 14 Prozent geteilt. Lediglich die Wähler der AfD stimmen der Aussage zu 50 Prozent zu.

Insgesamt betrachten die Deutschen die Bemühungen der Politik, der europäischen Einigung neuen Schwung zu geben, mit Sympathie. Das erkennt man an den Antworten auf eine Frage, bei der zwei Argumente zur Auswahl vorgelegt wurden. Das erste lautete: „Ich bin dafür, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben wird und rasch Fortschritte macht. Die europäischen Länder sollten gemeinsam auftreten und mit einer Stimme sprechen. Nur so kann sich Europa in der Welt durchsetzen.“ Die Gegenposition lautete: „Mir geht die Europäische Einigung jetzt schon zu weit. Den einzelnen Ländern muss wieder mehr Macht übertragen werden, damit jedes Land seine eigenen Entscheidungen treffen kann.“ 49 Prozent der Befragten stimmten der ersten Aussage zu, 34 Prozent der zweiten, ein bemerkenswertes Ergebnis nach Jahren, in denen sich bei anderen Fragen zumindest relative Mehrheiten dafür ausgesprochen hatten, Kompetenzen von der EU zu den Nationalstaaten zurückzuverlagern. [...]

Ob die Bemühungen um eine Intensivierung der europäischen Einigung auch in der Praxis von der Bevölkerung unterstützt werden, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, einen charismatischen Wortführer hierfür zu finden. [...]

Wie bei vielen komplexen politischen Themen ist die Haltung der Bürger zur europäischen Einigung nicht frei von Widersprüchen. Einerseits gibt es, wie in früheren Umfragen wiederholt gezeigt wurde, durchaus pauschale Klagen über eine angeblich zu große Einmischung der EU in die Angelegenheiten der Mitgliedsländer. Andererseits findet man bei der Frage, welche konkreten Politikfelder auf europäischer und welche auf nationaler Ebene geregelt werden sollten, nur wenige Punkte, bei denen sich die Bürger für eine Regelung auf nationaler Ebene aussprechen. So sagten in der vorliegenden Umfrage 72 Prozent der Befragten, die Außen- und Sicherheitspolitik solle einheitlich europäisch geregelt werden, 71 Prozent sagten dasselbe über die Flüchtlingspolitik. 67 Prozent meinten, die EU müsse festlegen, wie viele Schulden ein Mitgliedsland machen darf. Auch die Schul- und Hochschulabschlüsse sollten nach Meinung einer Mehrheit EU-einheitlich geregelt werden. Lediglich die Festlegung der Steuern und Abgaben sowie die Festlegung, wer welche Sozialleistungen erhält, möchte die Bevölkerung mehrheitlich in den Händen der Nationalstaaten wissen. [...]

Thomas Petersen, „Ein neuer Aufbruch für Europa? Deutsche Frage – Deutsche Antworten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 2018

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



picture alliance/dpa / Frank Rumpenhorst

Wahlkampf-Endspurt: Am 24. Mai 2014, einen Tag vor der Europawahl, werben Parteien auf dem Frankfurter Römerberg um die Gunst der Wählerinnen und Wähler.

NICOLAI VON ONDARZA UND FELIX SCHENUIT

Funktionsweisen des EP

Unterschiedliche Wahlsysteme, eine komplexe Verteilung der Sitze auf Staaten und Fraktionen, mehrere Gesetzgebungsverfahren und informelle Koalitionen ohne „Regierung“ und „Opposition“: Das Einmaleins des Europäischen Parlaments mag auf den ersten Blick verwirren, doch steckt dahinter ein ausgewogenes System, durch das sich eines der weltweit größten Parlamente erfolgreich trägt.

Wahlbestimmungen und Beteiligung

Das EP ist das einzige direkt vom Wähler bzw. der Wählerin legitimierte Entscheidungsorgan der Union und damit Vehikel für deren sogenannte Input-Legitimation: Gemäß EU-Vertrag haben alle Bürgerinnen und Bürger ergänzend zu ihrer nationalen Staatsbürgerschaft die Unionsbürgerschaft, und damit unter anderem das aktive Wahlrecht – also bei den Eu-

ropawahlen abzustimmen – und das passive Wahlrecht – also bei den Europawahlen als Kandidat bzw. Kandidatin für das Europäische Parlament anzutreten. Dabei spielt die einzelne Nationalität keine Rolle. Ein in Deutschland lebender Italiener, Franzose oder Pole kann daher als EU-Bürger genauso an der Europawahl teilnehmen wie dessen deutsche Mitbürger; gleichermaßen kann eine in Spanien, Tschechien oder Schweden lebende Deutsche dort für die Europawahlen kandidieren.

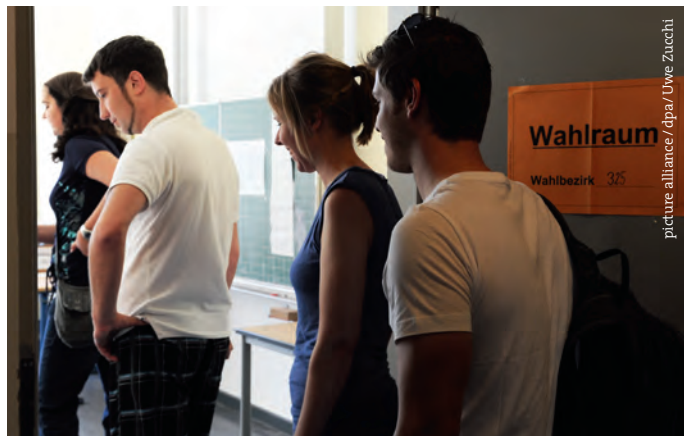
Dennoch wird das EP auch weiterhin nicht einheitlich gewählt: Zwar gilt in allen EU-Staaten für die Europawahlen das Verhältniswahlrecht, jenseits dieser gemeinsamen Regeln variieren die Wahlbestimmungen zwischen den Mitgliedstaaten jedoch deutlich. Die Unterschiede beginnen am Tag der Abstimmung: Die Europawahlen finden vom 23. bis 26. Mai 2019 statt, je nachdem, an welchem Wochentag in den jeweiligen EU-Staaten traditionell gewählt wird. So sind die Europawahlen in den Niederlanden bereits donnerstagabends

abgeschlossen, lange bevor am Sonntag in Deutschland die Wahlkabinen öffnen. Weitere Unterschiede gibt es in den Berechnungsmethoden für die Sitzverteilung, bei Prozenzhürden oder den Altersgrenzen für die Wahlen.

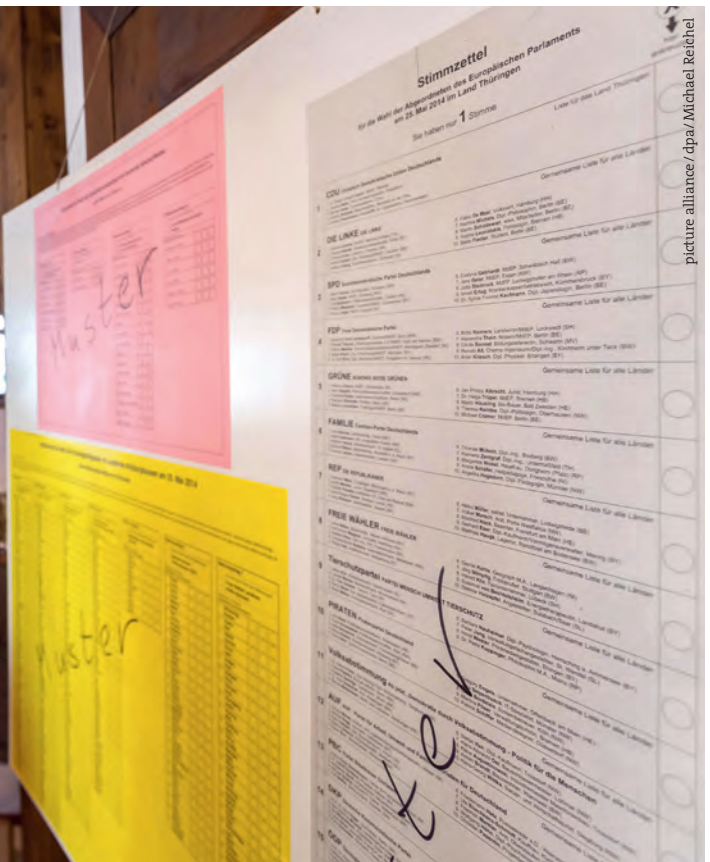
Beispielsweise darf in Österreich und Malta bereits ab 16 Jahren gewählt werden, in allen anderen Mitgliedstaaten liegt das aktive Wahlrecht hingegen bei 18 Jahren. Das passive Wahlrecht liegt in 14 Staaten bei 18 Jahren, in neun Staaten bei 21, in drei Staaten bei 25 und in einem Land bei 23 Jahren. Hinsichtlich der Prozenzhürden reichen die Unterschiede von 0 bis fünf Prozent. Insgesamt haben 13 Staaten landesweite Sperrklauseln und bei zwei weiteren ergeben sich Sperrklauseln aus dem angewendeten Sitzverteilungsverfahren. In Deutschland hatte das Bundesverfassungsgericht vor den Europawahlen 2014 die Prozenzhürde gekippt; nach Änderungen im europäischen Wahlrecht soll eine Sperrklausel für größere

Länder bei den Europawahlen eingeführt werden. Dies wäre frühestens ab 2024 der Fall. Ein weiterer Unterschied zeigt sich in der Verankerung einer Wahlpflicht, die in vier Ländern (Belgien, Griechenland, Luxemburg und Zypern) besteht.

Die genannten Unterschiede sind ein wichtiger Indikator dafür, dass die Europawahlen noch immer als eine Aneinanderreihung von 28 nationalen Wahlen gelten müssen. Gewählt werden von den Bürgerinnen und Bürgern schließlich weiterhin nur nationale Parteien. Diese schließen sich zwar im EP zu europaweiten Fraktionen zusammen, doch haben Letztere keine eigene Verknüpfung zur Bevölkerung. Um diese Verbindung zu stärken, können Mitgliedstaaten 2019 erstmals auch die Namen der zugehörigen europäischen Parteien mit auf den Wahlzettel schreiben. Dies ist aber nur freiwillig und wird von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich gehandhabt.



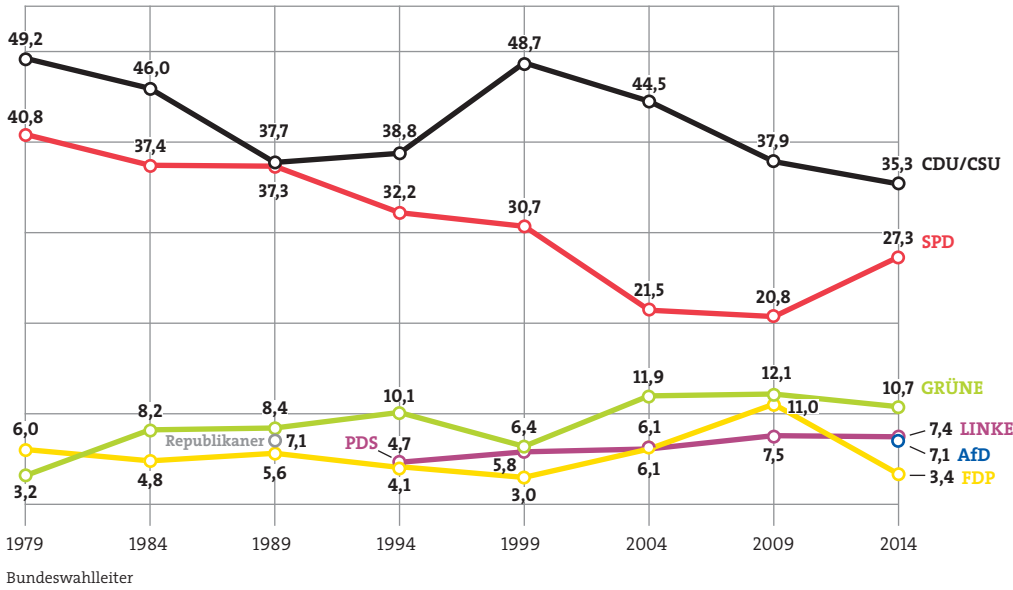
Allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim: Diese Grundsätze gelten selbstverständlich auch zur Europawahl. Impressionen vom letzten Urnengang 2014 ...



... Stimmabgabe in traditioneller Schwarzwälder Bollenhuttracht in Baden-Württemberg (oben links), in Hessen (oben rechts) und in Thüringen (unten)

Europawahlen in Deutschland 1979–2014

Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen



Ins Europäische Parlament zogen 2014 auch folgende Parteien ein: Freie Wähler (1,5%), PIRATEN (1,4%), Tierschutzpartei (1,2%), NPD (1,0%), FAMILIE (0,7%), ÖDP (0,6%), Die PARTEI (0,6%)

Von der Stimme zum Mandat

Die Sitzverteilung bei der Europawahl erfolgt in Deutschland nach dem Verfahren von Sainte-Laguë/Schepers. Es funktioniert so:

1. Wie viele Stimmen entfallen durchschnittlich auf einen Sitz? Es wird ein sogenannter **vorläufiger Zuteilungsdivisor berechnet.**

$$\frac{\text{Gesamtzahl aller gültigen Stimmen}}{\text{Gesamtzahl der zu verteilenden Sitze}} = \text{vorläufiger Zuteilungsdivisor}$$

Deutschland hat bei der Europawahl **96 Sitze** zu besetzen. Nimmt man als Beispiel an, dass bei der Wahl in Deutschland 30 Millionen gültige Stimmen abgegeben werden, liegt der Zuteilungsdivisor bei 312.500.

$$\frac{30000000}{96} = 312500$$

2. Bei jeder Partei wird die Zahl ihrer Stimmen **durch den Zuteilungsdivisor geteilt.** An den gerundeten Ergebnissen lässt sich die Sitzverteilung ablesen. Zum Beispiel:

Partei A

$$\frac{14600000}{312500} = 46,72$$

Partei B

$$\frac{9600000}{312500} = 30,72$$

Partei C

$$\frac{5800000}{312500} = 18,56$$

$$47 + 31 + 19 = 97$$

3. Ist die Summe der berechneten Sitze größer oder kleiner als die tatsächlich zu vergebende Sitzzahl, muss der **Zuteilungsdivisor angepasst werden.** Im Beispiel: In der Summe erhalten die drei Parteien 97 Sitze, zu vergeben sind aber nur 96. Die Rechnung wird mit einem höheren Zuteilungsdivisor wiederholt – bis 96 erreicht sind.

Partei A

$$\frac{14600000}{313600} = 46,56$$

Partei B

$$\frac{9600000}{313600} = 30,61$$

Partei C

$$\frac{5800000}{313600} = 18,49$$

$$47 + 31 + 18 = 96$$

© picture-alliance / dpa-infografik; Quelle: Bundeswahlleiter

Europawahlrecht

Grundlage der Wahlsysteme in den Mitgliedstaaten der EU ist der sogenannte Europa-Direktwahlakt, der den EU-Staaten einige Vorgaben für das Wahlsystem macht, insbesondere:

- Die Wahl hat nach einem Verhältniswahlsystem zu erfolgen,
 - auf Grundlage entweder von Listen oder von übertragbaren Einzelstimmen (*single transferable vote, STV*).
 - Es können Vorzugsstimmen zugelassen werden. Damit sind Stimmen gemeint, mit denen die Reihenfolge auf den Listen verändert werden kann.
 - Die Unterteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise ist erlaubt, solange das Verhältniswahlsystem dadurch nicht in Frage gestellt wird.
- Es darf eine Mindestschwelle für die Sitzvergabe festgelegt werden, die jedoch landesweit nicht mehr als fünf Prozent der abgegebenen Stimmen betragen darf. Am 13. Juli 2018 hat der Europäische Rat nach Zustimmung des Europäischen Parlaments eine Änderung des Direktwahlakts beschlossen, die u. a. eine obligatorische Prozenzhürde von 2 bis 5 % enthält. Die Mindestsperrklausel gilt für Wahlkreise mit mehr als 35 Sitzen und ist damit vor allem für Deutschland und Spanien relevant. Die Mitgliedstaaten müssen diese Verpflichtung spätestens bis zur zweiten Wahl nach dem Inkrafttreten der Änderung umsetzen, bei einem reibungslosen Ratifizierungsverfahren also zur Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024. Die Änderung des Direktwahlakts muss noch von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden, in Deutschland bedarf es dazu einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder in Bundestag und Bundesrat.

Übersicht über das nationale Wahlrecht zur Europawahl 2019

Die angegebenen Sitzzahlen beruhen auf der Annahme, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU bis zur Wahlperiode 2019–2024 rechtskräftig ist; anderenfalls gälten die Sitzzahlen der Europawahl 2014.

| Staat | Sitze | Wahltag | Wahlalter aktiv/passiv | Wahlkreise | Vorzugsstimme(n) | Panaschieren ¹ | Sperrklausel | Sitzzuteilungsverfahren | Wahlpflicht |
|--------------|-------|---------|------------------------|----------------------------------|------------------|---------------------------|-------------------------------------|------------------------------------------|-------------|
| Belgien | 21 | So | 18/21 | 3 | ja | nein | nein | d'Hondt | ja |
| Bulgarien | 17 | So | 18/21 | 1 | ja | nein | Hare-Quote ² (~5,88%) | Hare/Niemeyer | nein |
| Dänemark | 14 | So | 18/18 | 1 | ja | nein | nein | d'Hondt | nein |
| Deutschland | 96 | So | 18/18 | 1 | nein | nein | nein | Sainte-Laguë | nein |
| Estland | 7 | So | 18/21 | 1 | nein | nein | nein | d'Hondt | nein |
| Finnland | 14 | So | 18/18 | 1 | ja | nein | nein | d'Hondt | nein |
| Frankreich | 79 | So | 18/18 | 1 | nein | nein | 5% landesweit | d'Hondt | nein |
| Griechenland | 21 | So | 18/25 | 1 | nein | nein | 3% landesweit | „Enishimeni Analogiki“ | ja |
| Irland | 13 | Fr | 18/21 | 3 | ja | ja | nein | STV | nein |
| Italien | 76 | So | 18/25 | 5 (nation. Verhältnisausgleich) | ja | nein | 4% landesweit | Hare/Niemeyer | nein |
| Kroatien | 12 | So | 18/18 | 1 | ja | nein | 5% | d'Hondt | nein |
| Lettland | 8 | Sa | 18/21 | 1 | ja | nein | 5% landesweit | Sainte-Laguë | nein |
| Litauen | 11 | So | 18/21 | 1 | ja | nein | 5% landesweit | Hare/Niemeyer | nein |
| Luxemburg | 6 | So | 18/18 | 1 | ja | ja | nein | Hagenbach-Bischoff (= d'Hondt) | ja |
| Malta | 6 | Sa | 16/18 | 1 | ja | ja | nein | STV | nein |
| Niederlande | 29 | Do | 18/18 | 1 | ja | nein | Hare-Quote (~3,85%) | d'Hondt | nein |
| Österreich | 19 | So | 16/18 | 1 | ja | nein | 4% landesweit | d'Hondt | nein |
| Polen | 52 | So | 18/21 | 13 (nation. Verhältnisausgleich) | nein | nein | 5% landesweit | d'Hondt (Unterverteilung: Hare/Niemeyer) | nein |
| Portugal | 21 | So | 18/18 | 1 | nein | nein | nein | d'Hondt | nein |
| Rumänien | 33 | So | 18/23 | 1 | nein | nein | 5% landesweit | d'Hondt | nein |
| Schweden | 21 | So | 18/18 | 1 | ja | nein | 4% landesweit | Sainte-Laguë (modifiziert) | nein |
| Slowakei | 14 | Sa | 18/21 | 1 | ja | nein | 5% landesweit | Quotenverfahren mit Droop-Quote | nein |
| Slowenien | 8 | So | 18/18 | 1 | ja | nein | 4% landesweit | d'Hondt | nein |
| Spanien | 59 | So | 18/18 | 1 | nein | nein | nein | d'Hondt | nein |
| Tschechien | 21 | Fr + Sa | 18/21 | 1 | ja | nein | 5% landesweit | d'Hondt | nein |
| Ungarn | 21 | So | 18/18 | 1 | nein | nein | 5% landesweit | d'Hondt | nein |
| Zypern | 6 | So | 18/25 | 1 | ja | nein | nein | Quotenverfahren mit Droop-Quote | ja |

¹ Beim Panaschieren können in einem Mehrstimmen-Wahlsystem Stimmen für Kandidierende unterschiedlicher Wahllisten abgegeben werden.

² Die genaue Sperrklausel wird nach diesem Verfahren bei jeder Wahl auf Grundlage der jeweils gültigen Stimmen neu festgelegt.

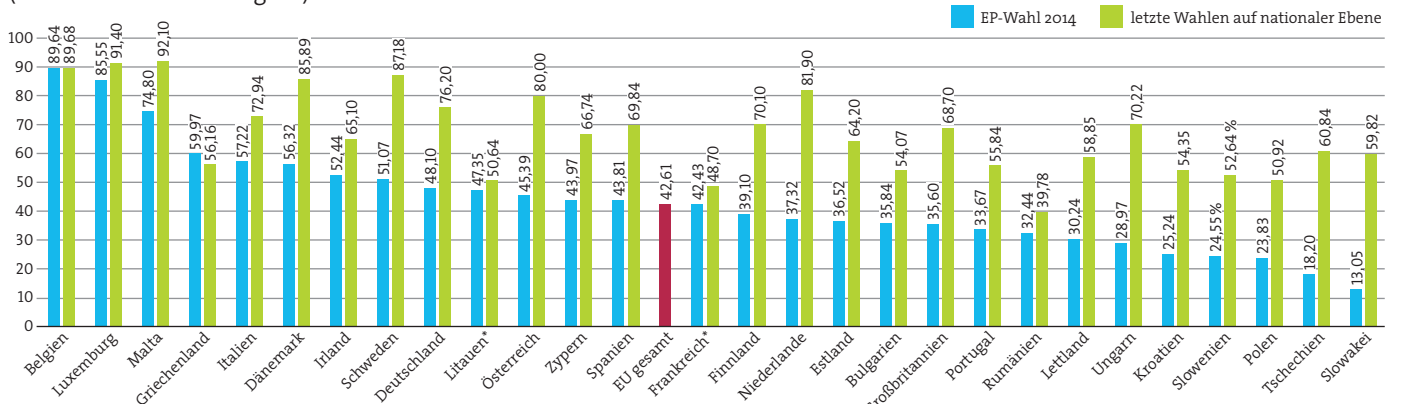
Wahlbeteiligung nach Land (in %)

| Land | 1979 | 1981 | 1984 | 1987 | 1989 | 1994 | 1995 | 1996 | 1999 | 2004 | 2007 | 2009 | 2013 | 2014 |
|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Belgien | 91,36 | | 92,09 | | 90,73 | 90,66 | | | 91,05 | 90,81 | | 90,39 | | 89,64 |
| Dänemark | 47,82 | | 52,38 | | 46,17 | 52,92 | | | 50,46 | 47,89 | | 59,54 | | 56,32 |
| Deutschland | 65,73 | | 56,76 | | 62,28 | 60,02 | | | 45,19 | 43 | | 43,27 | | 48,10 |
| Irland | 63,61 | | 47,56 | | 68,28 | 43,98 | | | | | | | | 52,44 |
| Frankreich | 60,71 | | 56,72 | | 48,8 | 52,71 | | | 46,76 | 42,76 | | 40,63 | | 42,43 |
| Italien | 85,65 | | 82,47 | | 81,07 | 73,6 | | | 69,76 | 71,72 | | 65,05 | | 57,22 |
| Luxemburg | 88,91 | | 88,79 | | 87,39 | 88,55 | | | 87,27 | 91,35 | | 90,76 | | 85,55 |
| Niederlande | 58,12 | | 50,88 | | 47,48 | 35,69 | | | 30,02 | 39,26 | | 36,75 | | 37,32 |
| Großbritannien | 32,35 | | 32,57 | | 36,37 | 36,43 | | | 24 | 38,52 | | 34,7 | | 35,60 |
| Griechenland | | 81,48 | 80,59 | | 80,03 | 73,18 | | | 70,25 | 63,22 | | 52,61 | | 59,97 |
| Spanien | | | | 68,52 | 54,71 | 59,14 | | | 63,05 | 45,14 | | 44,87 | | 43,81 |
| Portugal | | | | 72,42 | 51,1 | 35,54 | | | 39,93 | 38,6 | | 36,77 | | 33,67 |
| Schweden | | | | | | | 41,63 | | 38,84 | 37,85 | | 45,53 | | 51,07 |
| Österreich | | | | | | | | 67,73 | 49,4 | 42,43 | | 45,97 | | 45,39 |
| Finnland | | | | | | | | 57,6 | 30,14 | 39,43 | | 38,6 | | 39,10 |
| Tschechien | | | | | | | | | | 28,3 | | 28,22 | | 18,20 |
| Estland | | | | | | | | | | 26,83 | | 43,9 | | 36,52 |
| Zypern | | | | | | | | | | 72,5 | | 59,4 | | 43,97 |
| Litauen | | | | | | | | | | 48,38 | | 20,98 | | 47,35 |
| Lettland | | | | | | | | | | 41,34 | | 53,7 | | 30,24 |
| Ungarn | | | | | | | | | | 38,5 | | 36,31 | | 28,97 |
| Malta | | | | | | | | | | 82,39 | | 78,79 | | 74,80 |
| Polen | | | | | | | | | | 20,87 | | 24,53 | | 23,83 |
| Slowenien | | | | | | | | | | 28,35 | | 28,37 | | 24,55 |
| Slowakei | | | | | | | | | | 16,97 | | 19,64 | | 13,05 |
| Bulgarien | | | | | | | | | | | 29,22 | 38,99 | | 35,84 |
| Rumänien | | | | | | | | | | | 29,47 | 27,67 | | 32,44 |
| Kroatien | | | | | | | | | | | | | 20,84 | 25,24 |
| Europäische Union | 61,99 | - | 58,98 | - | 58,41 | 56,67 | - | - | 49,51 | 45,47 | - | 42,97 | - | 42,61 |

www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html; Quelle: TNS/Scytll in Zusammenarbeit mit dem Europaparlament

Wahlbeteiligung im Vergleich: die letzten Wahlen zum EP und zu den Nationalparlamenten

(in % der Wahlberechtigten)



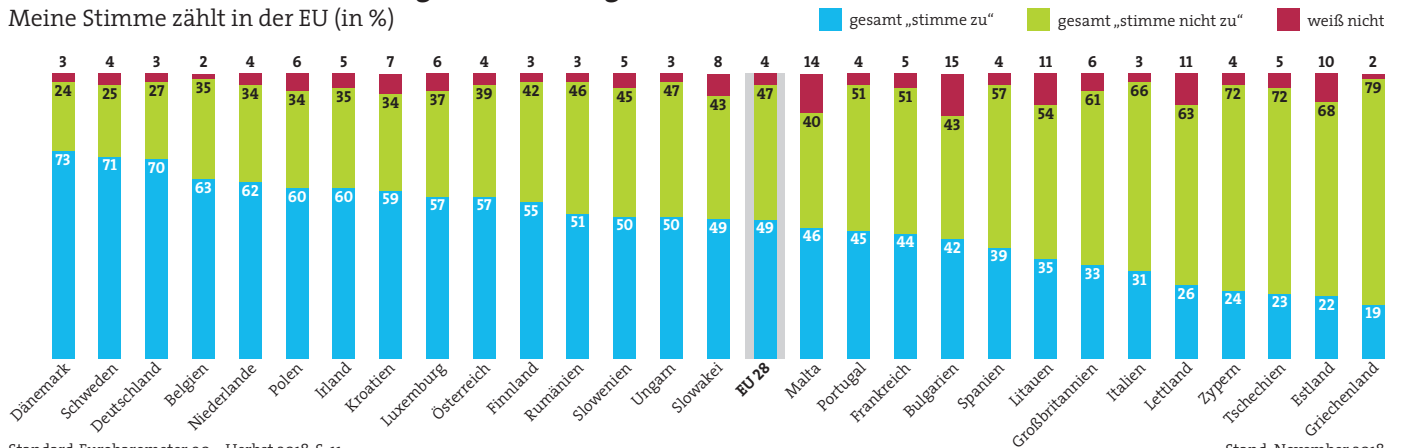
*In Frankreich und Litauen bezieht sich die Beteiligung an der Wahl der Legislative auf den jeweils ersten Wahldurchgang.

Europäisches Parlament (Hg.), Review of European and National Election Results, S. 16

Stand: September 2018

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu?

Meine Stimme zählt in der EU (in %)



Standard-Eurobarometer 90 – Herbst 2018, S. 11

Stand: November 2018

Angesichts der bestehenden Defizite der Europawahlen ist die Wahlbeteiligung sukzessive gesunken. Von knapp 62 Prozent bei den ersten Europawahlen 1979 auf zuletzt 42,61 Prozent in 2014 (siehe Grafik). Auch bei der Wahlbeteiligung gab es in der Vergangenheit erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. 2014 etwa erreichten Belgien oder Luxemburg (mit Wahlpflicht) eine Wahlbeteiligung von 89,6 bzw. 85,6 Prozent, während in der Slowakei (13,05%) oder Tschechien (18,2%) nur ein Bruchteil der Wahlberechtigten Gebrauch von ihrem Stimmrecht machte. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung 2014 bei 48,1 Prozent, was der höchste Wert seit 1994 war. Beigetragen hierzu hatte auch die vergleichsweise höhere Bekanntheit der beiden wichtigsten Spitzenkandidaten, Jean-Claude Juncker und Martin Schulz. Die deutsche Wahlbeteiligung liegt damit eher auf dem Niveau von Landtags- oder Kommunalwahlen. Bundestagswahlen erreichten hingegen in den letzten beiden Jahrzehnten eine Wahlbeteiligung zwischen 70 und 80 Prozent.

Die Legitimationskraft des EP bleibt damit weiterhin begrenzt und würde – wenn die Wahlbeteiligung bei zukünftigen Wahlen noch geringer ausfallen sollte – weiterhin sinken und das Problem eines demokratischen Defizits der EU eher verstärken als reduzieren. Eine zentrale Frage vor den Europawahlen 2019 ist daher, ob die höhere Polarisierung europäischer Themen und die vielen politischen Debatten etwa über die Eurozone und Migration dazu beitragen, dass erstmals die Wahlbeteiligung wieder steigt.

Kompetenzen

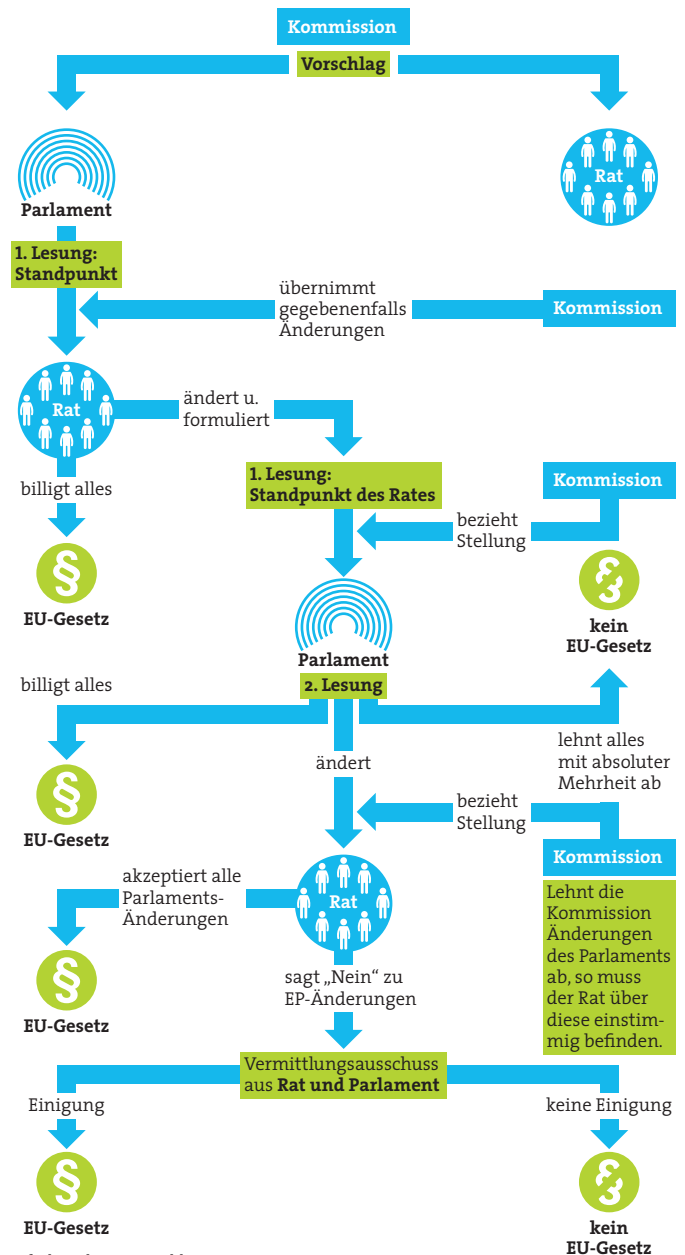
Bislang wurden Kompetenzen des EP als Reaktion auf eben dieses Demokratiedefizit der EU bei jeder Vertragsänderung immer mehr ausgeweitet. Noch immer ist das Parlament aber nicht bei allen Entscheidungen der EU gleichermaßen beteiligt. Vielmehr gibt der EU-Vertrag für jeden Politikbereich vor, inwieweit das Parlament neben dem Rat und der Kommission mitentscheiden kann.

Das wichtigste Gesetzgebungsverfahren in der EU ist das sogenannte ordentliche Gesetzgebungsverfahren. Durch dieses Verfahren ist das Parlament seit dem Vertrag von Lissabon, der seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist, an immer mehr Entscheidungen beteiligt. Beispielsweise wird die EU-Gesetzgebung zum Binnenmarkt nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren verabschiedet. Im Rahmen dieses auch Mitentscheidungsverfahren genannten Vorgehens entscheiden die drei wichtigsten EU-Institutionen – Kommission, Rat und Parlament – gemeinsam über die EU-Gesetzgebung. So werden dann entweder EU-Verordnungen beschlossen, die direkt rechtsverbindlich sind, oder EU-Richtlinien, die verbindlich von den Mitgliedstaaten innerhalb einer Frist umgesetzt werden müssen.

Gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren wird ein Rechtsakt durch die Kommission initiiert, indem diese einen Vorschlag vorlegt. Danach berät das Parlament darüber und verfasst eine Stellungnahme und gegebenenfalls Änderungsvorschläge (sogenannte 1. Lesung). Im Anschluss daran befassen sich im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) die Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Regierungen mit dem Vorschlag der Kommission und der Stellungnahme des EP.

Wenn der Rat mit den Änderungen des EP nicht einverstanden ist, geht das Dokument zurück an das Parlament (sogenannte 2. Lesung). Jetzt kann das EP den Änderungen des

So kommt ein europäisches Gesetz zustande



infochart.de/Peter Diehl

Rates entweder folgen und damit das Gesetzgebungsverfahren abschließen oder es durch komplette Ablehnung beenden. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit, weitere Änderungsvorschläge an den Rat zu richten.

An diesem Punkt des Verfahrens nimmt die Kommission erneut Stellung zu den vorgeschlagenen Änderungen des Parlaments. Wenn der Rat diese nun akzeptiert, ist das Gesetz beschlossen. Andernfalls wird ein Vermittlungsausschuss einberufen, der sich ähnlich wie deutsche Vermittlungsausschüsse, in denen Vertretungen aus Bundestag und Bundesrat verhandeln, aus Vertreterinnen und Vertretern von EP und Rat zusammensetzt. Dieser wird von der Kommission beratend unterstützt. Einigt sich dieser auf eine Lösung, wird der Gesetzentwurf in dritter Lesung im EP beschlossen.

Dieses Verfahren ist komplex und relativ zeitintensiv. In der politischen Praxis haben sich daher die sogenannten Trilogie etabliert. Ein Trilog ist ein informelles Gremium bestehend

aus Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission, der jeweiligen rotierenden Präsidentschaft des Rates sowie dem Europäischen Parlament, also quasi ein Vermittlungsausschuss.

Anstatt aber bis zur dritten Lesung und dem Vermittlungsausschuss zu warten, bilden die EU-Institutionen mittlerweile direkt nach dem Vorschlag der Kommission und vor der ersten Lesung einen solchen Trilog, um einen Kompromiss zu finden. Dies spart viel Zeit und verbessert die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen. Der gefundene Kompromiss kann dann direkt in erster Lesung von Parlament und Rat verabschiedet werden.

Das Trilog-Verfahren steht jedoch auch in der Kritik, weil der formelle Prozess umgangen wird und die Trilog-Verhandlungen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Dennoch hat es sich etabliert – in der laufenden Legislaturperiode wurden fast 90 Prozent aller Mitentscheidungsverfahren durch die Trilogie in erster Lesung abgeschlossen, in die dritte Lesung kam kein einziges. Wichtig für das EP ist: Ob in erster Lesung oder dritter, ohne Zustimmung des Parlaments kann beim ordentlichen Gesetzgebungsverfahren keine EU-Gesetzgebung verabschiedet werden.

Innerhalb der europäischen Verträge gibt es noch einige weitere mögliche Arten von Entscheidungsprozessen. Diese sehen jeweils eine andere Rolle des Europäischen Parlaments vor. Bei der Entscheidung über den regulären EU-Haushalt ist das EP ebenfalls voll beteiligt. Dies gilt seit dem Lissabonner Vertrag ohne Ausnahme. Wie in nationalen Parlamenten kann in der EU also kein Haushalt ohne Zustimmung der Parlamentarier verabschiedet werden. Über dieses Haushaltsrecht hat sich das EP in der Vergangenheit auch immer wieder zusätzliche Mitspracherechte erkämpft.

Es gibt jedoch auch Ausnahmen, bei denen die Beteiligungsrechte des Parlaments eingeschränkt sind. Dies ist etwa das Zustimmungsverfahren, bei dem – wie der Name sagt –

die Zustimmung des Parlaments erforderlich ist, das Parlament selbst aber keine Änderungen einbringen kann. Dies gilt beispielsweise für internationale Verträge der EU, etwa im Handelsbereich oder bei der Aufstellung des mehrjährigen Finanzrahmens. In Ausnahmefällen, zum Beispiel in Teilen der Innen- und Justizpolitik, gilt weiterhin das Anhörungsverfahren, bei dem das Parlament zwar zwingend vom Rat angehört werden muss, aber nicht mitentscheiden kann.

In der Praxis nutzt das Parlament dann aber regelmäßig andere Hebel, um seine Interessen durchzusetzen. Beispielsweise hat die EU 2011 in insgesamt sechs EU-Rechtsakten die Haushaltskontrolle in der Eurozone verschärft. Das EP hatte jedoch nur in zweien davon Mitentscheidungsrechte, bei den anderen sollte es nur angehört werden. Über die Verknüpfung der sechs Rechtsakte haben die Europa-Abgeordneten aber erreicht, bei allen sechs voll beteiligt zu sein. Zuletzt gibt es aber, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, auch immer noch EU-Entscheidungen, bei denen das Parlament weder beteiligt noch angehört werden muss und von den nationalen Regierungen im Rat alleine entschieden werden.

Wichtig bleibt ein zentraler Unterschied zu nationalen Parlamenten festzuhalten, der auf das Parlament in allen unterschiedlichen Gesetzgebungsprozessen zutrifft: Die EP-Abgeordneten haben – anders als ihre nationalen Kolleginnen und Kollegen – kein Initiativrecht für neue Gesetzesvorhaben. Dieses Initiativrecht liegt einzig bei der Europäischen Kommission.

Mitwirkungsrechte des EP nach dem Vertrag von Lissabon

| Zustimmung | Mitentscheidung (ordentliches Gesetzgebungsverfahren) | Anhörung |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| erforderlich für: – Beitritt neuer Mitglieder, Austrittsabkommen – Feststellung, dass ein Mitgliedstaat die Grundwerte der EU verletzt – Europawahlverfahren – Aufteilung der Sitze im Europäischen Parlament – Aufstellung des mehrjährigen Finanzrahmens – Erweiterung der Befugnisse der EU – Abschluss internationaler Verträge durch die EU | u. a. über – Freizügigkeit, Niederlassungsrecht – Gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen – Gemeinsames Asylsystem – Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit – Verkehrspolitik – Harmonisierung des gemeinsamen Marktes – Regelung des Kapitalverkehrs mit Drittländern – Förderung bildungspolitischer und kultureller Zusammenarbeit | – Mindestnormen für Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und Gleichbehandlung – Aufgaben, Ziele und Organisation der Strukturfonds – Gesundheitsförderung – Verbraucherschutz – Umweltpolitik – Sicherung der Energieversorgung – Entwicklungspolitik – Rahmenprogramm Forschung, Raumfahrt – Statut der europäischen Parteien |
| | | zu sonstigen Fragen der europäischen Gesetzgebung |

Die wichtigsten EU-Institutionen im Überblick

„Stimme der Bürger“

Europäisches Parlament
 – einzige **direkt gewählte** EU-Institution
 – repräsentiert rund 513 Mio. EU-Bürgerinnen und -Bürger
 – **Gesetzgebungsrecht** in fast allen Politikbereichen, erlässt zusammen mit dem Rat der Europäischen Union EU-Rechtsvorschriften
 – **Haushaltsbefugnisse**, entscheidet zusammen mit Rat der Europäischen Union über den EU-Haushalt, Haushaltskontrollausschuss
 – **parlamentarische Kontrolle der EU-Kommission und von EU-Agenturen**

„Hüterin“ der Verträge

Europäische Kommission
 – pro Mitgliedsland ein Kommissar, der im Interesse der gesamten EU, **nicht im nationalen Interesse** handelt
 – **Initiativrecht** für neue Gesetze
 – überwacht Einhaltung und Umsetzung von **EU-Verträgen**
 – führt **Verhandlungen** mit internationalen Organisationen und Drittstaaten
 – Verwaltung, **Ausführung des EU-Haushalts**





























„Ministerrat“

Rat der Europäischen Union
 – zusammengesetzt aus **Ministern der Mitgliedsländer**
 – tagt in zehn verschiedenen Ratsformationen (z. B. Rat der Innenminister, der Justizminister)
 – **Gesetzgebungsrecht**, zusammen mit Europäischem Parlament
 – **Haushaltsbefugnisse**, zusammen mit Europäischem Parlament

Die „Chefs“

Europäischer Rat
 – besteht aus den **Staats- und Regierungschefs** der EU
 – seine Treffen sind als **„EU-Gipfel“** bekannt
 – Impulsgeber, entscheidet über **Eckpunkte der europäischen Politik**
 – keine Gesetzgebungskompetenz

Sitzverteilung im EP bis 2019 und nach dem Brexit

| Land | Sitze 2014–2019 | Sitze nach Brexit |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|-------------------|
|  Deutschland | 96 | 96 |
|  Frankreich | 74 | 79 |
|  Italien | 73 | 76 |
|  Großbritannien | 73 | 0 |
|  Spanien | 54 | 59 |
|  Polen | 51 | 52 |
|  Rumänien | 32 | 33 |
|  Niederlande | 26 | 29 |
|  Ungarn | 21 | 21 |
|  Tschechien | 21 | 21 |
|  Portugal | 21 | 21 |
|  Griechenland | 21 | 21 |
|  Belgien | 21 | 21 |
|  Schweden | 20 | 21 |
|  Österreich | 18 | 19 |
|  Bulgarien | 17 | 17 |
|  Slowakei | 13 | 14 |
|  Dänemark | 13 | 14 |
|  Finnland | 13 | 14 |
|  Litauen | 11 | 11 |
|  Irland | 11 | 13 |
|  Kroatien | 11 | 12 |
|  Lettland | 8 | 8 |
|  Slowenien | 8 | 8 |
|  Estland | 6 | 7 |
|  Luxemburg | 6 | 6 |
|  Malta | 6 | 6 |
|  Zypern | 6 | 6 |
| Summe | 751 | 705 |

■ Anzahl der Sitze hat sich durch den Brexit verändert

Eigene Zusammenstellung

Für die nächste Wahlperiode gilt eine – durch den geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, notwendig gewordene – vorläufige Lösung. Die Anzahl der Abgeordneten wird von bisher 751 auf 705 reduziert und 27 der bisherigen britischen Mandate werden auf andere Mitgliedstaaten neu verteilt (siehe Tabelle). Die verteilten Sitze dienen vor allem dazu, Ungleichheiten in der bisherigen Repräsentation zu korrigieren, beispielsweise dass französische EP-Abgeordnete je mehr als 900 000 Bürgerinnen und Bürger repräsentieren, deutsche EP-Abgeordnete jedoch „nur“ etwa 860 000, trotz der höheren Bevölkerungsgröße der Bundesrepublik. Zwar wird das grundlegende Problem der Sitzverteilung dadurch nicht gelöst, zumindest aber können sich verändernde Bevölkerungsgrößen in den EU-Mitgliedstaaten neu berücksichtigt werden.

Die übrigen 46 britischen Sitze entfallen nach dem Prinzip „kleinere EU, kleineres Parlament“ vorläufig und können später für mögliche EU-Erweiterungen oder einen sogenannten EU-Wahlkreis freigehalten werden. Sollten die Brexit-Verhandlungen wider Erwarten verlängert oder der Brexit sogar rückgängig gemachten werden, würde die bisherige Sitzverteilung bis auf Weiteres bestehen bleiben.

Transnationale Listen

Im Jahr 2018 bekam der Vorschlag eines EU-Wahlkreises – der politisch auch unter dem Namen „transnationale Listen“ debattiert wird – durch die zur Vorbereitung des Brexits notwendig gewordene Reformierung der EP-Zusammensetzung neue Aufmerksamkeit. Bei dem Vorschlag geht es darum, einen Teil der EP-Abgeordneten nicht entlang ihrer Nationalitäten zu wählen, wie es die bisherige Zusammensetzung und nationale Wahlgesetze zu den Europawahlen vorsehen.

Die genaue Verankerung und Ausgestaltung dieses Vorschlags ist umstritten. Die grundlegende Idee wurde von dem ehemaligen britischen EP-Abgeordneten Andrew Duff konkretisiert und später dann insbesondere vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron aufgegriffen. Duffs Vorschlag entsprechend – der 2011 auch schon einmal im EP eingebracht wurde, aber keine Mehrheit fand – würden 25 Abgeordnete über EU-weite Wahllisten in das EP gewählt, die von den europäischen Parteien entworfen werden. Die Wählerinnen und Wähler hätten demnach dann mit einer zweiten Stimme bei den Europawahlen die Möglichkeit, über die Sitzanteile der Parteien aus einem neu eingerichteten EU-Wahlkreis abzustimmen. Dieses Verfahren würde dem Wahlsystem bei Bundestagswahlen ähneln: Eine Stimme wird für den eigenen Wahlkreis vergeben, in diesem Fall für die Listen der Parteien im jeweiligen Mitgliedstaat. Die zweite Stimme erhielte eine übergeordnete Liste der Parteien, im Falle eines europäischen Wahlkreises eine von den europäischen Parteien aufgesetzte, transnationale Liste.

Die europäischen Parteien (siehe S. 22) bekämen damit insgesamt einen wesentlich stärkeren Zugriff auf das EP, da die Kompetenz der Listenaufstellung bislang den nationalen Parteien vorbehalten war und sie erstmals direkt sichtbar miteinander um Stimmen kämpfen würden. Ein EU-weiter Wahlkreis wird daher vor allem als Reform gesehen, den europäischen Parteien – denen im Vergleich zu nationalen Parteien eher wenig Bedeutung zukommt – im politischen System der EU mehr Kompetenzen und mehr Sichtbarkeit zu verschaffen. Mit den 46 durch den Brexit frei gehaltenen Sitzen und der auf die nächste Wahlperiode verschobenen Neuordnung der Zusammensetzung könnte sich für diesen Reformvorschlag ein politisches Zeitfenster öffnen. Für die Europawahlen 2019 wurde der Vorschlag im Europäischen Parlament abgelehnt, für die Wahlen 2024 stehen transnationale Listen aber weiter zur Diskussion.



Reges Treiben herrscht rund um die Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel. Aufnahme vom Februar 2018

„Ich bin Europäer“

[...] Meris Sehovic [...] leitet das Büro eines Luxemburger Abgeordneten im Europaparlament, Fraktion der Grünen. Dass er das mit gerade mal 25 Jahren tut, ist bemerkenswert; noch bemerkenswerter ist allerdings, dass er es schon seit vier Jahren tut.

„Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“, das war in den 80er-Jahren ein böser Spruch, aber nicht völlig daneben. Damals war das Europäische Parlament noch ein Altersheim für Politiksenioren, die daheim nicht ganz so dringend gebraucht wurden. Der Spruch stimmt heute nicht mehr, die EU hat mehr Macht, die EU hat mehr Anziehungskraft. Heute beginnen politische Karrieren in Brüssel, und es ist nicht unbedingt eine schlechte Nachricht, wenn sie dort auch enden. Das gilt für die Abgeordneten genauso wie für die etwa 60 000 Beamten und Mitarbeiter der europäischen Institutionen. Für alle Bewohner der Brüsseler Blase.

Das mit den Karrierechancen, sagt Meris Sehovic, 25, Büroleiter, sei schon richtig. Aber da sei eben noch was, das gehöre auch dazu: „Du kommst nicht nach Brüssel, wenn du nicht an Europa glaubst.“

[...] [Für] Meris Sehovic [ist] [...] Europa ein Job [...] und eine Mission. [...] [Sein Arbeitsplatz] besteht aus Gängen und Büros, die überall gleich ausschauen, ob im Parlament, in der Kommission, in den anderen Behörden. Gleich grau, gleich eng. Gleiche Topfpflanzen. Überall wackeln die Drehstühle, überall hängen mysteriöse Kabel aus der Wand. An den Büros prangen komische Nummern und Buchstabenkürzel, für die man eine dieser Deciffriermaschinen aus dem Zweiten Weltkrieg bräuchte. Wenn die Franzosen kein Poster vom Eiffelturm aufgehängt hätten und die Spanier keinen Wimpel von Real Madrid – man hätte nicht den geringsten Schimmer, wer drinnen sitzt. [...] Hier arbeiten Menschen, [...] die dieses Europa, über das immer alle reden, zum Mittelpunkt ihres Lebens gemacht haben.

Meris Sehovic ist in Belgrad geboren, in Luxemburg aufgewachsen, hat in München Politik studiert. „Das Land war nie mein erster Referenzpunkt“, sagt er. „Ich bin Europäer.“ Und wie zum Beleg erzählt er die Geschichte, die sie hier fast alle erzählen. Der Morgen nach dem Brexit-Referendum, ungläubiger Blick aufs Handy, noch im Bett, Schock: Die Briten wollen raus. Im Büro Tränen, Arm in Arm mit den Kollegen, Verzweiflung: Was soll nun werden aus unserem Europa?

[...] Es ist etwas zu Ende gegangen damals, das sieht Sehovic jetzt klar. Aber es hat auch etwas begonnen. Die alte Gewissheit sei weg, sagt er, die Überzeugung, dass die Einheit Europas eine unerschütterliche Bestimmung ist. „Wir spüren ein Gefühl von Zerbrechlichkeit. Es kann etwas passieren, das alles infrage stellt.“

Das Brexit-Votum, sagt Sehovic, sei für viele im Herzen der EU ein Moment der Erkenntnis gewesen: Sie mussten lernen, dass über ihre Zukunft nicht allein hier in Brüssel entschieden wird. Und dass sie deshalb „nicht einfach so weitermachen können“. Es gebe nun, und das sei eben auch neu, eine tiefe Solidarität, eine „echte Entschlossenheit“.

Wenn jemand Europa bedroht, dann nehmen das die jungen Begeisterten in Brüssel persönlich. [...]

Es ist Freitag, das Ende einer roten Woche im Europäischen Parlament, kaum jemand ist unterwegs auf den Gängen des Gebäudes Altiero Spinelli. In einer roten Woche tagt das Parlament in Straßburg, und auf die rote Woche folgt diesmal eine grüne, die verbringen die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen. Aber [Charlotte] Nørlund-Matthiessen [halb Belgerin, halb Dänin] sitzt im neunten Stock, Zimmer G 114, zwölf Quadratmeter, direkt vor ihr der Schreibtisch der Kollegin, direkt neben ihr der Schreibtisch des Praktikanten. Sie ist Referentin eines liberalen

Abgeordneten und geht gerade noch die Änderungsanträge zu einem Gesetzesbericht durch. E-Autos, Emissionen, komplexes Zeug. Die Verteidigung des europäischen Gedankens ist manchmal ein mühsames Geschäft.

„Schon wieder eine Cocktailparty, Charlotte“, sagt die Kollegin und hebt eine Einladungskarte in die Höhe. Es gibt es schon, das süße Brüsseler Leben, es wird nicht nur getagt, es wird auch getrunken. Jeden Abend ist man von irgendwem eingeladen, von der französischen Chemieindustrie, den schottischen Fischern, dem Bundesverband Güterkraftverkehr und Entsorgung. Aber auch das sei ja Arbeit, sagt Nørlund-Matthiessen. Eine Cocktailparty ist am Ende auch nur eine ganz vorzügliche Gelegenheit, Visitenkarten zu verteilen. An diesem Abend hat Nørlund-Matthiessen eh keine Zeit, sie klopft auf den Stapel Papier neben sich. Da muss sie noch durch.

Wenn der durchschnittliche Deutsche, Spanier oder Slowake an die EU denkt, dann denkt er nicht an eine junge Belgo-Dänin, die in einem stickigen Büro Überstunden macht, damit E-Autos besser und billiger werden. Dann denkt er eher an einen alten Eurokraten, der mal schnell den deutschen Bauern den Maximalumfang ihrer Zuckerrüben vorschreibt, bevor er auf Steuerzahlerkosten gestopfte Entenleber speisen geht.

Das ist ja der Vorwurf an die Bewohner der Brüsseler Blase: dass sie vom wirklichen Leben in Europa nichts mitbekommen. Aus der Blase kann man nicht so leicht heraussehen, da ist sicher was dran. Wahr ist aber umgekehrt auch: Man kann nicht so leicht hineinschauen in die Blase. Wenn man es tut, erledigt sich manches Vorurteil.

Manches bestätigt sich auch. Wenn junge Begeisterte mit Journalisten über ihre Begeisterung reden wollen, müssen einige erst mal bei ihren Vorgesetzten „Ethikanfragen“ stellen. Die Mauern sind hoch [...].

[...] Anfang des Jahres [2017] gab es eine ernüchternde Umfrage der Tui-Stiftung: Nur 35 Prozent von 6000 befragten Europäern zwischen 16 und 26 Jahren gaben an, zufrieden zu sein mit der EU. Klar, die Jugend Europas hat es nicht überall leicht. In Spanien spricht man von einer „Generación Zero“, null Jobs, null Chancen. Aber es ist eben auch die Jugend, die am stärksten profitieren kann von den Freiheiten Europas: grenzenloses Reisen, grenzenloses Studieren, grenzenloses Arbeiten. Grenzenloses Lieben übrigens auch.

Jarek Świerczyna [...] und Matilda [...], Schwedin, 27 Jahre alt. Er, Pole, 26 Jahre alt. Sie haben sich bei ihrem Erasmus-Aufenthalt in der Wallonie kennengelernt, sie haben sich in Brüssel ein gemeinsames Leben aufgebaut. Hier geht das einfacher als anderswo. Das beginnt bei der Sportgruppe, Amtssprache Englisch. Das geht weiter beim Job, Matilda schreibt eine Doktorarbeit, er arbeitet in der Kommission.

Für seine Verwandten und Freunde daheim in Opole, sagt Świerczyna, war die EU-Kommission immer ein gesichtsloses Wesen. Jetzt hat sie ein Gesicht bekommen: seines. [...]

Jarek Świerczyna [...] hadert natürlich mit dem, was gerade in Polen passiert, die Attacke auf den Rechtsstaat, es ist ihm bange um sein Land. Er erzählt lieber seine eigene europäische Geschichte, die Geschichte seiner beiden Großväter: Der eine hat im Zweiten Weltkrieg die polnische Uniform getragen, der andere die deutsche. Und jetzt sitzt er, ihr Enkel, hier in Brüssel. Jarek Świerczyna sagt, er sei ein zuversichtlicher Mensch. [...]

Roman Deininger / Pia Ratzesberger, „Jugend forscht“, in: Süddeutsche Zeitung vom 5. August 2017

Arbeitsweise

Wie der Deutsche Bundestag wird auch das EP als sogenanntes Arbeitsparlament bezeichnet. In Parlamenten dieser Art wird die meiste Arbeit bereits in den Fachausschüssen geleistet. Das Plenum aller Abgeordneten debattiert und beschließt einzelne Gesetzgebungsvorhaben erst, nachdem die Ausschüsse ihre Arbeit und Abstimmungen abgeschlossen haben. In der Wahlperiode von 2014 bis 2019 teilen sich die Abgeordneten auf 20 Ausschüsse sowie zwei Unterausschüsse auf. Die Ausschüsse behandeln alle wichtigen Themen der EU, wie etwa Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Handel, Wirtschaft und Währung, Auswärtige Angelegenheiten, Umweltfragen, Haushalt, Recht oder Kultur und Bildung. In diesen Ausschüssen werden Gesetzgebungsvorschläge ebenso wie Resolutionen des Europäischen Parlaments vorbereitet, Anhörungen durchgeführt und Stellungnahmen verabschiedet. Die Ausschussvorsitzenden werden nach Anzahl der Sitze an die im Parlament vertretenden Fraktionen verteilt und sind eine wichtige Machtressource für die großen Fraktionen, weil sie damit die Debatten im Parlament steuern können.

Eine wichtige Rolle in der Arbeit des Europäischen Parlaments nehmen auch die sogenannten Berichterstatter (Rapporteure) ein. Jedem Entscheidungsprozess im Parlament ist ein Berichterstatter zugewiesen, der beispielsweise die ersten Entwürfe einer Beschlussvorlage entwickelt, die Verhandlungen mit den anderen EU-Institutionen im Trilog bzw. Vermittlungsausschuss führt und sich mit den anderen Fraktionen koordiniert. Auch die Berichterstatterpositionen werden je nach



Karima Delli, Vorsitzende des Fachausschusses des Europaparlaments für Verkehr und Tourismus, mit ihrem Mitarbeiterstab



Der Ausschuss für Regionale Entwicklung mit der zuständigen Kommissarin Corina Crețu

Ausschüsse im Europäischen Parlament

Die Mitglieder verteilen sich auf 20 ständige Fachausschüsse.

Die Ausschüsse erarbeiten Legislativvorschläge durch die Annahme von Berichten, reichen Änderungsanträge zur Prüfung im Plenum ein und benennen ein Verhandlungsteam für die Führung legislativer Verhandlungen mit dem Rat. Sie nehmen auch Initiativberichte an, organisieren Anhörungen mit Sachverständigen und kontrollieren die anderen Einrichtungen und Organe der EU.

Einem Ausschuss gehören 25 bis 73 ordentliche Mitglieder und noch einmal so viele stellvertretende Mitglieder an.

Jeder Ausschuss wählt unter seinen ordentlichen Mitgliedern einen Vorsitz und bis zu vier stellvertretende Vorsitze mit einer Mandatszeit von zweieinhalb Jahren, die gemeinsam den Vorstand des Ausschusses bilden. Die politische Zusammensetzung der Ausschüsse entspricht derjenigen des Plenums.

Das Parlament kann außerdem Unterausschüsse und nichtständige Sonderausschüsse einsetzen, um spezifische Fragen zu behandeln, und ist befugt, Untersuchungsausschüsse zur Prüfung von behaupteten Verstößen gegen das Unionsrecht oder Missstände bei der Anwendung desselben einzusetzen.

In der Vermittlungsphase wird ein besonderer Vermittlungsausschuss eingesetzt.

Die Ausschüsse tagen in der Regel in Brüssel und ihre Arbeit wird von einem Sekretariat unterstützt. Ihre Debatten sind öffentlich und werden in der Regel per *Webstream* übertragen.

Die Ausschussvorsitzenden koordinieren die Arbeit der Ausschüsse im Rahmen der Konferenz der Ausschussvorsitze.

Ständige Ausschüsse und Unterausschüsse

| | |
|------|------------------------------------------------------------------------|
| AFET | Auswärtige Angelegenheiten |
| DROI | Menschenrechte |
| SEDE | Sicherheit und Verteidigung |
| DEVE | Entwicklung |
| INTA | Internationaler Handel |
| BUDG | Haushalt |
| CONT | Haushaltskontrolle |
| ECON | Wirtschaft und Währung |
| EMPL | Beschäftigung und soziale Angelegenheiten |
| ENVI | Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit |
| ITRE | Industrie, Forschung und Energie |
| IMCO | Binnenmarkt und Verbraucherschutz |
| TRAN | Verkehr und Tourismus |
| REGI | Regionale Entwicklung |
| AGRI | Landwirtschaft und ländliche Entwicklung |
| PECH | Fischerei |
| CULT | Kultur und Bildung |
| JURI | Recht |
| LIBE | Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres |
| AFCO | Konstitutionelle Fragen |
| FEMM | Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter |
| PETI | Petitionen |

Sonderausschüsse

| | |
|------|---------------------------------------------------------------------|
| TAX3 | Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung |
|------|---------------------------------------------------------------------|

Europäisches Parlament: www.europarl.europa.eu/committees/de/about-committees.html

Größe an die verschiedenen Fraktionen verteilt. Die anderen Fraktionen ernennen dann jeweils „Schattenberichterstatter“, die den Gesetzgebungsprozess von ihrer Seite begleiten.

Auf Grund des Fokus auf die Ausschüsse ist das EP bei den meisten Sitzungen im Plenum nur schwach besetzt. Zunehmend setzt das Parlament aber auch auf regelmäßig stattfindende Großdebatten, um auch mit Blick auf die europäische Öffentlichkeit zentrale politische Themen Europas zu diskutieren. Hierzu gehören beispielsweise die jährlich im September stattfindende Rede des EU-Kommissionspräsidenten zur „Lage der Union“ oder Debatten mit Staats- und Regierungschefs über die Zukunft der Europäischen Union. Beispielsweise hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2018 zum Plenum des EU-Parlaments über die weitere Entwicklung der Europäischen Union gesprochen.

In Unterschiedlichkeit vereint: Impressionen aus dem parlamentarischen Alltag

Es ist noch früh am Morgen, und sie sind alle in die gleiche Richtung unterwegs. Wie ein riesiger Magnet zieht das Europäische Parlament die Menschen in sein Inneres. Man muss nur hinhören, während sie auf den Eingang zulaufen: Französisch. Finnisch. Griechisch. Ungarisch. Rumänisch. 24 Sprachen, 28 Länder, 751 Abgeordnete. Es gibt kein anderes Parlament auf der Welt, in dem so viele Nationen vertreten sind und das von den Bürgern direkt gewählt wird. Ein solches Parlament könnte den Menschen ganz nahe sein. Doch immer mehr von ihnen verstehen nicht, was die Abgeordneten hier machen. Das ist eines der großen Probleme Europas [...].

Eine junge Frau steuert mit den anderen auf das Parlament zu. Julia Reda [...] wird nicht viel Zeit haben im Büro im fünften Stock, sie muss in den Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Imco nennen sie den hier, kurz für *Internal Market and Consumer Protection*. In Brüssel liebt man Abkürzungen. Vier Stockwerke über Redas Büro macht sich György Schöpflin fertig [...]. Er geht nun in die Sitzung des Afco-Ausschusses, zuständig für konstitutionelle Fragen. [...] Seit dreizehn Jahren ist er EU-Parlamentarier. Julia Reda seit drei Jahren [...].

György Schöpflin steigt in den Aufzug. Er ist Ungar, 77 Jahre alt, er war noch ein Kind, als in seiner Straße Bomben fielen. Schöpflin ist Mitglied der Fidesz-Partei des ungarischen Premiers Viktor Orbán, in Brüssel gehört er zur Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). Manche seiner EVP-Kollegen würden die nationalpopulistische Partei am liebsten ausschließen. [...]

Auch Julia Reda steigt in den Aufzug. Sie ist Deutsche, 30 Jahre alt, aufgewachsen in einem Europa, in dem keine Bomben mehr fallen. Reda ist Mitglied in der Piratenpartei, in Brüssel gehört sie zur Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz. [...]

Der Saal hat sieben Reihen, Julia Reda setzt sich links in die vierte. Sie stimmen gleich ab, aber in diesem Haus ist nicht nur wichtig, was während der Reden gesagt wird, sondern auch, was davor, dazwischen, danach passiert. Reda [...] sieht sich suchend um. Sie will einen Kollegen der EVP abpassen, der nicht zum „Schattenberichterstattertreffen“ erschienen ist. Das Parlament hat seine eigene Sprache, Imco, Afco, Schattenberichterstatte. Auf ihrem Blog hat Reda eine Rubrik, sie heißt „Der Reda-Bericht erklärt“. Es ist ihr Versuch, die EU-Sprache zu übersetzen. Reda staunt selbst manchmal noch über „diese Parallelwelt“, auch wenn man ihr das nicht anmerkt, wenn sie mit festem Blick durch den Saal geht.

In dieser Parallelwelt geht es schon damit los, dass nicht das Parlament Gesetze vorschlägt, sondern die Europäische Kommission. Zu jedem Gesetzesvorschlag erstellt der zuständige Ausschuss im Parlament einen Bericht, für den ist jeweils einer der Abgeordneten verantwortlich. Dieser Berichterstatter muss mit allen Fraktionen im Ausschuss einen Kompromiss aushandeln, und dafür hat jede Fraktion einen eigenen Schattenberichterstatte.

Julia Reda ist Berichterstatterin für ein Gesetz zum Geoblocking, übersetzt: Es geht um die Frage, ob sich etwa jemand in Paris online einen ZDF-Zweiteiler ansehen kann. [...] Reda wird bis zur nächsten Sitzung 27 Seiten mit Änderungsanträgen durchgehen müssen. Sie hat eine Stunde. „Da handelt man sich eben so durch.“ 24 Sprachen, 28 Länder, 751 Abgeordnete. Und sehr, sehr viele Sitzungen.

[...] Vor ihr die Änderungsanträge, sie hakt ab, streicht durch. Sie starrt auf das Papier. Doch so genau sie auch liest, immer spielt der Zufall mit: Ein Wort ist falsch übersetzt. Ein Abgeord-

netter ist krank, bei der Abstimmung fehlt seine Stimme. Reda hat das überrascht. Letztlich, wird sie später noch sagen, gebe es drei Gruppen von Abgeordneten in diesem Haus: Die, die Brüssel als Schritt in die nationale Politik sehen. Die, die nur Europapolitik machen wollen. Und die dritte Gruppe, die hier ihren Lebensabend verbringt.

György Schöpflin sitzt in der ersten Reihe rechts, Afco-Ausschuss. Gerade sind sie bei Punkt sieben auf der Tagesordnung angekommen, es geht um die europäische Bürgerinitiative, übersetzt: Bürger sollen die Kommission auffordern dürfen, ein Gesetz vorzuschlagen. Berichterstatter ist Schöpflin, aber jetzt fehlen im Saal die Dolmetscher für die Rumänen. Die Vorsitzende stöhnt. Schöpflin lächelt, er spricht perfektes Englisch. Seine Eltern sind vor dem Krieg geflohen, nach Schweden, dann England. Er war lange Professor in London.

[...] Einer der Schattenberichterstatte sagt: Er freue sich, dass Schöpflin seinen Bericht fortführe, der nickt ihm dankend zu. Es ist gerade nicht so wichtig, dass Schöpflin [...] nicht verstehen kann, warum mit dem Hochschulgesetz in Ungarn die akademische Freiheit bedroht sein soll. In den Ausschüssen geht es oft um technische Details, die Parteizugehörigkeit rückt in den Hintergrund.

Ganz Europa in einem Haus. Doch in den Gängen dieses Hauses fehlt es Julia Reda, 30 Jahre, manchmal am europäischen Bewusstsein. Und György Schöpflin, 77 Jahre, fehlt es an Verständnis für seinen Nationalstaat. Er sagt, die großen Mitgliedstaaten wollten allen ihre Werte aufdrücken, „linksliberaler Universalismus“. Dann sagt er: „Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich bin kein Anti-Europäer.“ Er ist für die Europäische Bürgerinitiative, zum Beispiel. Aber er findet auch richtig, dass Ungarn an der serbischen Grenze einen Zaun baut. Dass die EU die Grenzen verstärkt, während Julia Reda keine Grenzen will.

[...] Heute noch: eine vorbereitende Sitzung, ein Treffen von Koordinatoren, der Ausschuss. Es gibt Trakte in diesem Haus, in denen sei er noch nie gewesen, sagt Schöpflin. Julia Reda geht es genauso.

Am Abend wird sie im fünften Stock die Tür schließen, Zimmer 158. György Schöpflin wird im neunten Stock die Tür schließen, Zimmer 157. Sie werden den Aufzug nach unten nehmen. Manchmal muss man lange warten, bis einer der sechs Fahrstühle kommt. Manchmal ist einer kaputt. Aber sie fahren.

Pia Ratzesberger, „Ein Haus für alle“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2017



Sie könnten unterschiedlicher kaum sein, und doch haben sie vieles gemeinsam: Julia Reda und György Schöpflin

Fraktionen und europäische Parteien

Im EP sitzen die Abgeordneten nicht aufgeteilt nach Nationalität, sondern bilden Fraktionen entlang europäischer Parteien und ihren politischen Positionen. Diese Parteien sind von ihrem Charakter, ihrer Bindewirkung und ihrer Durchsetzungskraft weiterhin nicht mit nationalen Parteien gleichzusetzen. Zwar erkennt der EU-Vertrag Parteien auf europäischer Ebene an, welche „zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union“ (Art. 10 EUV) beitragen.

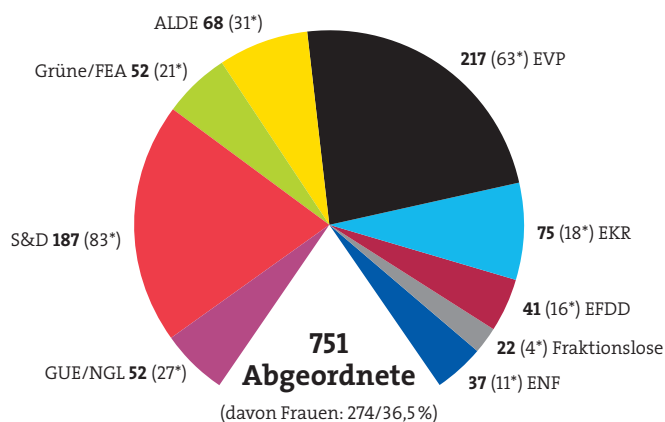
Ein zentraler Unterschied zwischen nationalen und europäischen Parteien besteht jedoch darin, dass europäische Parteien keine Zusammenschlüsse individueller Bürgerinnen und Bürger, sondern europäische Dachverbände nationaler Parteien sind. Bislang sind diese europäischen Parteien in Bezug auf den Wahlkampf und programmatisch gemessen an den nationalen Mitgliedsparteien vergleichsweise schlecht aufgestellt. Sichtbar sind sie hauptsächlich durch die Arbeit ihrer EP-Fraktionen. Auch die Parteienfinanzierung auf EU-Ebene fällt deutlich geringer aus als beispielsweise in Deutschland. Trotz dieser deutlichen Unterschiede kommt den europäischen Parteien mit folgenden vier Funktionen eine im politischen System der EU nicht zu vernachlässigende Rolle zu:

Zunächst tragen die Parteien maßgeblich dazu bei, dass die Interessen unterschiedlicher Akteure im Mehrebenensystem der EU ausgeglichen werden. Beispielsweise koordinieren sich Staats- und Regierungschefinnen und -chefs in den Foren der Parteien vor den Sitzungen des Europäischen Rates. Zweitens kommt ihnen und ihren Parlamentsfraktionen eine zentrale Rolle bei der Mehrheitsbeschaffung im EP zu. Vor allem den etablierten Fraktionen gelingt es in der Regel, einheitlich im EP abzustimmen und gemeinsam Politik im Parlament zu gestalten. Drittens werden die Parteien bei der Besetzung von EU-Spitzenämtern immer wichtiger. Dies zeigte sich in dem 2014 erstmals angewandten Prinzip der Spitzenkandidaten sowie der Besetzung der Posten des Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, die bislang über den Parteienproporz geregelt wurden. Viertens bieten die Fraktionen und Parteien auf europäischer Ebene auch Ressourcen für die nationalen Parteien und Politikerinnen und Politiker. Zuletzt waren es paradoxerweise ausgerechnet die EU-skeptischen Parteien, die von den finanziellen Mitteln des EP und der dort gebotenen Bühne besonders profitiert haben.

In der Wahlperiode verteilten sich die bisher 751 Abgeordneten auf acht Fraktionen und die Gruppe der Fraktionslosen. In allen dieser Gruppen waren deutsche Abgeordnete vertreten (siehe Tabelle S. 23). Da die Fraktionen sich aber aus Abgeordneten nationaler Parteien zusammensetzen und sich das Parteiensystem in vielen Mitgliedstaaten im Wandel befindet, sind Wechsel von Fraktionszugehörigkeiten vor und gerade auch nach den Europawahlen nicht auszuschließen. Dies gilt insbesondere für neue und/oder EU-skeptische Parteien, die in vielen europäischen Staaten das etablierte Parteiensystem herausfordern.

Die aktuell und nach Umfragen auch nach den Europawahlen 2019 größte Fraktion ist die der „Europäischen Volkspartei“ (EVP). Die EVP ist eine christdemokratische Partei, der entsprechend aus Deutschland die CDU und CSU angehören. In den letzten Jahren ist die EVP die dominierende Partei auf europäischer Ebene gewesen, die den Kommissionspräsidenten (Jean-Claude Juncker), den Präsidenten des Europäischen Rates (Donald Tusk) sowie die Mehrheit der nationalen Staats- und Regierungschefs gestellt hat. Aktuell ist die EVP mit Mitgliedsparteien in allen

Fraktionen im Europäischen Parlament



GUE/NGL = Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke; **S&D** = Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament; **Grüne/FEA** = Grüne / Freie Europäische Allianz; **ALDE** = Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; **EVP** = Europäische Volkspartei (Christdemokraten); **EKR** = Europäische Konservative und Reformier; **EFDD** = Europa der Freiheit und der direkten Demokratie; **ENF** = Europa der Nationen und der Freiheit

*weibliche Abgeordnete

Europäisches Parlament Stand Februar 2019; 750 Abgeordnete, ein Sitz bei S&D vakant

EU-Staaten vertreten. Spitzenkandidat der EVP für 2019 ist der deutsche Europaabgeordnete Manfred Weber (CSU). Umstritten vor den Europawahlen ist jedoch die Mitgliedschaft der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orbán in der EVP, nachdem die Mehrheit des EP, einschließlich der Mehrheit der EVP-Abgeordneten, für den Beginn eines Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn gestimmt hat.

Die bislang zweitgrößte und nach der EVP bedeutendste europäische Partei ist die „Sozialdemokratische Partei Europas“ (SPE), deren Fraktion im EP unter dem Namen „Progressive Allianz der Sozialdemokraten“ (S&D) firmiert. Als einzige Partei ist die SPE bislang in allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, in Deutschland mit der SPD. In den letzten Jahren haben ihre Mitgliedsparteien aber europaweit zum Teil deutlich an Zustimmung verloren, insbesondere in Frankreich, Italien, in den Niederlanden und auch in Deutschland. Zudem fällt mit dem geplanten Brexit die britische *Labour*-Partei als eine der großen Mitgliedsparteien der SPE weg. SPE-Spitzenkandidat ist der Niederländer Frans Timmermans, aktuell Vizepräsident der EU-Kommission.

Noch offen ist die Zusammensetzung des liberalen Spektrums nach den Europawahlen 2019 im Europäischen Parlament. In der bisherigen Legislaturperiode nimmt die „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) die Stellung als viertgrößte Fraktion ein. Ihr gehören die deutsche FDP sowie die Freien Wähler an; insgesamt ist die ALDE in 21 EU-Staaten vertreten. Ein großes Fragezeichen steht hinter der Positionierung der *La République En Marche*-Partei des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Diese neue, proeuropäische Partei hat sich bisher keiner der etablierten europäischen Parteien angeschlossen; Macron hat jedoch eine Zusammenarbeit mit der ALDE-Fraktion sowie weiteren proeuropäischen Kräften nach den Wahlen in Aussicht gestellt. Schon in der bisherigen Legislaturperiode hat die ALDE-Fraktion häufig mit der Rolle als „Zünglein an der Waage“ viele Abstimmungen im Parlament entscheidend beeinflusst. Zusammen mit Macrons Partei könnte die Bedeutung der ALDE weiter steigen. ALDE tritt nicht mit einem einzelnen Spitzenkandidaten, sondern mit einem Führungsteam bei den Europawahlen an.

Zwei kleinere Fraktionen mit klar zugeordneter Mitgliedschaft deutscher Parteien sind die Grünen und die Linken. Die Europäischen Grünen haben im EP eine gemeinsame Fraktion mit der „Freien Europäischen Allianz“, eine Partei, in der sich nach regionaler Autonomie oder Unabhängigkeit strebende Parteien

wie die *Scottish National Party* zusammengeschlossen haben. Gemeinsam ist die Grüne/FEA im aktuellen EP an fünfter Stelle, mit den deutschen Grünen als größter Mitgliedspartei. Die Europäischen Grünen gehen mit zwei Spitzenkandidaten in die Europawahlen, Ska Keller aus Deutschland und Bas Eickhout

Nationale Parteien im Europäischen Parlament

8. Wahlperiode, Stand: 14. Februar 2019

| Länder | EVP | S&D | EKR | ALDE | GUE / NGL | Grüne / FEA | EFDD | ENF | fraktionslos | Parteien (gesamt) | Abgeordnete (gesamt) |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|-----------|----------|--------------|-------------------|----------------------|
| Belgien | 3 | 2 | 1 | 2 | 0 | 2 | 0 | 1 | 0 | 11 | 21 |
| Bulgarien | 2 | 1 | 2 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 6 | 17 |
| Tschechien | 3 | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 8 | 21 |
| Dänemark | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 7 | 13 |
| Deutschland ¹ | 2 | 1 | 2 | 2 | 1 | 3 | 1 | 1 | 2 | 15 | 96 |
| Estland | 1 | 1 | 0 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 6 |
| Irland | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 3 | 11 |
| Griechenland | 1 | 2 | 1 | 0 | 3 | 0 | 0 | 0 | 3 | 10 | 21 |
| Spanien | 1 | 2 | 0 | 4 | 3 | 4 | 0 | 0 | 0 | 14 | 54 |
| Frankreich ¹ | 2 | 3 | 0 | 5 | 3 | 1 | 3 | 2 | 1 | 20 | 74 |
| Kroatien | 1 | 1 | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 5 | 11 |
| Italien | 3 | 3 | 3 | 0 | 1 | 0 | 1 | 1 | 1 | 13 | 73 |
| Zypern | 1 | 2 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 4 | 6 |
| Lettland | 1 | 1 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 5 | 8 |
| Litauen | 1 | 1 | 1 | 2 | 0 | 1 | 1 | 0 | 0 | 7 | 11 |
| Luxemburg | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 4 | 6 |
| Ungarn | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 2 | 0 | 0 | 1 | 7 | 21 |
| Malta | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 2 | 6 |
| Niederlande | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 1 | 0 | 1 | 0 | 10 | 26 |
| Österreich | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 5 | 18 |
| Polen ¹ | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 | 1 | 1 | 9 | 51 |
| Portugal | 3 | 1 | 0 | 1 | 2 | 0 | 0 | 0 | 0 | 7 | 21 |
| Rumänien | 3 | 3 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 8 | 32 |
| Slowenien | 3 | 1 | 0 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 6 | 8 |
| Slowakei | 3 | 1 | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 7 | 13 |
| Finnland | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 7 | 13 |
| Schweden | 2 | 2 | 1 | 2 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 9 | 20 |
| Großbritannien ¹ | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 3 | 3 | 1 | 2 | 15 | 73 ² |
| Gesamt | 47 | 40 | 27 | 36 | 22 | 24 | 11 | 9 | 11 | 228 | 751 |

¹ Mit Stand vom 14.02.2019 gibt es 223 politische Parteien im Europäischen Parlament. Manche von ihnen sind in mehreren Fraktionen vertreten. Beispiel Deutschland: die Partei FREIE WÄHLER sowohl in der EKR als auch in ALDE; Beispiel Großbritannien: die Konservative Partei sowohl in der EVP als auch in der EKR

² Momentan für Großbritannien nur 72 Sitze, da eine Abgeordnete ausgeschieden ist und der Sitz nicht nachbesetzt wurde.

Europäisches Parlament

Zusammensetzung des Europäischen Parlaments

Abgeordnete aus Deutschland

Europawahl 2014: Europäisches Parlament 2014–2019: 96 Sitze

Stand bei der Konstituierenden Sitzung am 1. Juli 2014

Wahlbeteiligung 2014: 48,1%

Stand 14. Februar 2019

| Partei | Stimmen | | Sitze | EVP | S&D | EKR | ALDE | GUE / NGL | Grüne / FEA | EFDD | fraktionslos | Partei | Sitze | Fraktion |
|---------------------------------|-----------------|------------|-----------|-----------|-----------|----------|----------|-----------|-------------|----------|--------------|---------------------------|-----------|-------------------|
| | Anzahl | in % | | | | | | | | | | | | |
| CDU | 8812653 | 30,00 | 29 | 29 | | | | | | | | CDU | 29 | |
| CSU | 1567448 | 5,30 | 5 | 5 | | | | | | | | CSU | 5 | EVP |
| SPD | 8003628 | 27,30 | 27 | | 27 | | | | | | | SPD | 27 | S&D |
| GRÜNE | 3139274 | 10,70 | 11 | | | | | | 11 | | | GRÜNE | 11 | Grüne/FEA |
| DIE LINKE | 2168455 | 7,40 | 7 | | | | | 7 | | | | DIE LINKE | 7 | GUE/NGL |
| AfD | 2070014 | 7,10 | 7 | | | 7 | | | | | | AfD ¹ | 1 | EFDD ² |
| | | | | | | | | | | | | Die Blauen ³ | 1 | ENF |
| | | | | | | | | | | | | LKR ⁴ | 5 | EKR |
| FDP | 986841 | 3,40 | 3 | | | | 3 | | | | | FDP | 3 | ALDE |
| FREIE WÄHLER | 428800 | 1,50 | 1 | | | | 1 | | | | | FREIE WÄHLER ⁴ | 1 | ALDE |
| | | | | | | | | | | | | WÄHLER ⁴ | 1 | EKR |
| PIRATEN | 425044 | 1,40 | 1 | | | | | | 1 | | | PIRATEN | 1 | Grüne/FEA |
| Tierschutzpartei | 366598 | 1,20 | 1 | | | | | 1 | | | | Unabh. ⁵ | 1 | GUE/NGL |
| NPD | 301139 | 1,00 | 1 | | | | | | | | 1 | NPD | 1 | fraktionslos |
| FAMILIE | 202803 | 0,70 | 1 | | | 1 | | | | | | | | |
| ÖDP | 185244 | 0,60 | 1 | | | | | | 1 | | | ÖDP | 1 | Grüne/FEA |
| Die PARTEI | 184709 | 0,60 | 1 | | | | | | | | 1 | Die PARTEI | 1 | fraktionslos |
| Andere Parteien | 512442 | 1,80 | 0 | | | | | | | | | | | |
| Gültige Stimmen gesamt | 29355092 | 100 | 96 | 34 | 27 | 8 | 4 | 8 | 13 | 0 | 2 | Sitze gesamt | 96 | |
| Wahlzettel unangefüllt/ungültig | 488706 | | | | | | | | | | | | | |
| Stimmen gesamt | 29843798 | | | | | | | | | | | | | |

¹ 2015 wechselten fünf Abgeordnete der AfD zur Partei „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA), gegründet am 19.07.2015. Am 14.12.2016 änderte ALFA seinen Namen in „Liberal-Konservative Reformer“ (LKR).

² Ein MdEP der AfD wechselte am 08.04.2016 von der EKR zur EFDD.

³ Ein MdEP der AfD wechselte am 01.05.2016 zur Fraktion ENF und trat am 14.11.2017 in die blaue Partei ein.

⁴ Das MdEP der Partei FAMILIE wechselte am 01.06.2017 zu FREIE WÄHLER, im Herbst 2018 zur Partei Bündnis C und trat der EKR-Fraktion bei.

⁵ Das MdEP der Tierschutzpartei wurde am 09.01.2015 fraktionslos.

Europäisches Parlament

aus den Niederlanden. Die Europäische Linke (GUE/NGL) ist ebenfalls fünftstärkste Kraft, mit Mitgliedsparteien aus 14 EU-Staaten, darunter Die Linke aus Deutschland. Sie hat noch keinen Spitzenkandidaten festgelegt.

Am meisten Bewegung wird vor und nach den Wahlen im EU-skeptischen Spektrum erwartet. Schon im Europaparlament 2014–2019 konnten EU-skeptische Parteien zusammen etwa 20 Prozent der Sitze gewinnen. Aufgrund von Rivalitäten und unterschiedlicher Einstellungen gegenüber der EU haben sie sich jedoch auf drei Fraktionen aufgeteilt:

Erstens die moderat EU-skeptische, konservative Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformen“ (EKR) als drittstärkste Fraktion im Europaparlament. Deren Mitglieder befürworten die EU an sich, streben aber eine Rückbesinnung auf den Binnenmarkt und intergouvernementale Zusammenarbeit an. Ihr gehören Abgeordnete aus 19 EU-Staaten an, aus Deutschland sind dies frühere AfD-Mitglieder wie Bernd Lucke und Olaf Henkel.

Zweitens die Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD), die mit 41 Abgeordneten aus sieben EU-Staaten die zweitkleinste Fraktion stellt. Die EFDD setzt sich aus fundamental EU-skeptischen Parteien wie der britischen *UK Independence Party* (UKIP) und populistischen Parteien wie der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung zusammen. Zu ihr gehört auch der einzige AfD-Abgeordnete; ursprünglich waren 2014 sieben AfD-Vertreter ins EP gewählt worden, alle anderen haben die Partei mittlerweile wieder verlassen.

Die dritte EU-skeptische, und im bisherigen EP kleinste Fraktion ist das „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), der unter anderem die italienische Lega Nord, die österreichische FPÖ oder die französische Nationale Bewegung (früher: *Front National*) angehören. Ihre Mitglieder lehnen die EU in weiten Teilen grundsätzlich ab. Zur ENF gehört ein deutscher Abgeordneter, der ebenfalls 2014 für die AfD ins EP gewählt wurde und nun Mitglied der Partei „Die Blauen“ ist.

Schon an der Beschreibung der EU-skeptischen Fraktionen wird deutlich, wie zersplittert diese bisher im Parlament auftreten. Zu den Europawahlen gibt es aber Bestrebungen, die verschiedenen Strömungen zu vereinen. Zum einen fallen mit dem Brexit Parteien weg, die bisher wichtige Stützen ihrer Fraktionen waren, die britischen Konservativen im EKR und UKIP in der EFDD. Da auch die italienische Fünf-Sterne Bewegung erklärt hat, die EFDD zu verlassen, dürfte die Fraktion nach den Europawahlen 2019 nicht fortbestehen. Zum anderen haben ENF-Parteien wie die italienische Lega Nord seit den

Europawahlen deutlich an Zustimmung gewonnen. Deren Parteivorsitzender Matteo Salvini setzt sich europaweit für eine einheitliche EU-skeptische Fraktion ein. Auch die deutsche AfD hat sich noch nicht festgelegt, mit welcher Fraktion sie nach den Wahlen 2019 im EP zusammenarbeiten will.

Das europäische Parteiensystem ist vor den Europawahlen 2019 also spürbar im Fluss. Offen ist insbesondere, ob die EU-skeptischen Parteien weiterhin zersplittert bleiben oder ob sie eine gemeinsame Fraktion bilden. Diese könnte dann zur zweitgrößten oder sogar größten Fraktion im Parlament werden.

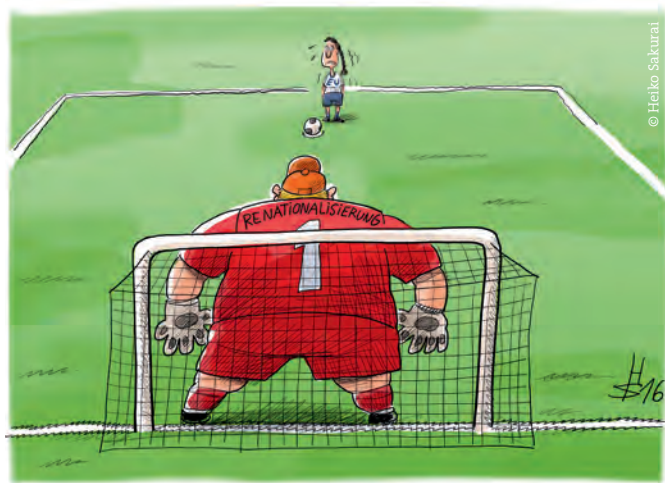
Koalitionen und Abstimmungsverhalten

Anders als in nationalen Parlamenten gibt es im Europäischen Parlament keine feste Koalition und damit keine Aufteilung in Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Zwar hat eine „informelle Große Koalition“ aus EVP und S&D zu Beginn der Legislaturperiode Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten gewählt. Es gibt aber keinen festen Koalitionsvertrag und auch die informelle Zusammenarbeit wurde im Laufe der Legislaturperiode von der S&D aufgekündigt. Stattdessen bilden sich im EP je nach Sachverhalt wechselnde Mehrheiten zwischen den Fraktionen.

Dominiert wird das Europäische Parlament in der Legislaturperiode von 2014 bis 2019 von EVP, S&D und ALDE, die jeweils bei über 85 Prozent der Abstimmungen in ihrem Sinn entscheiden konnten. Bemerkenswerterweise gelang es S&D und ALDE (mit 88,6 bzw. 88,5%) sogar noch häufiger als der EVP (mit nur 86 Prozent Abstimmungen) ihre Anliegen durchzubringen, obwohl die EVP die meisten Abgeordneten stellt. Die ALDE nimmt hier eine zentrale Rolle ein – bei Wirtschaftsthemen stimmt sie häufiger zusammen mit der EVP und dem EKR, während bei Fragen wie Verbraucherschutz oder Bürgerrechten häufiger S&D, ALDE, Grüne und Europäische Linke eine Mehrheit bilden.

Von den EU-skeptischen Parteien beteiligt sich im aktuellen Parlament nur die EKR-Fraktion konstruktiv mit eigenen Berichten an der Parlamentsarbeit, etwa in der Wirtschaftspolitik der EU. EFDD und ENF-Abgeordnete hingegen wirken bisher nur wenig an der Parlamentsarbeit mit und sehen sich in einer Oppositionsrolle. Bei Abstimmungen in der laufenden Legislaturperiode werden die beiden Fraktionen nicht nur am häufigsten überstimmt, ihre Abgeordneten haben auch die niedrigste Beteiligungsrate aller Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wie Erhebungen auf Grundlage von *VoteWatch.EU*, das alle Abstimmungsprotokolle des EU-Parlaments auswertet, belegen.

Große Unterschiede zeigen sich auch darin, wie einheitlich die Fraktionen auftreten. Die etablierten europäischen Parteien erreichen hier in der Regel eine hohe Fraktionsdisziplin und treten als einheitlicher Akteur im EU-Parlament auf, obwohl sie sich aus den verschiedensten nationalen Parteien bilden. Die höchste Rate an gemeinsamen Abstimmungen erreicht in der bisherigen Legislaturperiode die Grüne/FEA-Fraktion, auch EVP, S&D und ALDE stimmen fast immer gemeinsam ab. Anders sieht es im EU-skeptischen Lager aus. Die EKR-Fraktion stimmt immerhin noch zu zwei Dritteln einheitlich ab, während die ENF und vor allem die EFDD nicht mehr als ein Zweckbündnis ist. Letztere stimmt in kaum einer Abstimmung gemeinsam ab und ist häufig in der Mitte gespalten.



Neuorientierung und neue Mehrheiten: Weichenstellungen für das künftige Europaparlament

[...] Im kommenden Jahr [2019] könnte [...] eine große Neuorientierung im Europaparlament anstehen. So bereiten sich rechte Kulturkämpfer, liberale Reformer und kritische, linke Europäer auf einen Wahlkampf vor, bei dem stärker als zuvor zwei grundverschiedene Vorstellungen von Europa aufeinanderprallen werden: Idealtypisch treffen die Verfechter eines Rückzugs in autoritär formierte Gesellschaften hinter nationalen Grenzen auf die – politisch heterogenen – Befürworter verstärkter europäischer Zusammenarbeit und freiheitlicher Lebensweisen. [...]

Jedoch [stehen] die Rechten [...] vor einem altbekannten Problem. Ihre Feindbilder sind zwar länderübergreifend dieselben: Flüchtlinge und Muslime, emanzipierte Frauen und sexuelle Minderheiten sowie das Establishment in der jeweiligen Hauptstadt und in Brüssel. Aber wenn es ernst wird, treten die ideologischen Gemeinsamkeiten oft hinter nationale Konkurrenz zurück: Dann kämpft jeder Nationalist dafür, dass sein Land keine Flüchtlinge vom Nachbarn übernimmt, auch wenn die dortige Regierung gleichgesinnt sein mag. Dann werden auch schon mal Grenzregionen beansprucht, selbst wenn das die Bruderpartei von nebenan verärgert.

Doch nun bietet sich eine Gelegenheit zur Sammlung in einer mächtigen Allianz. Denn mit dem Brexit verlieren zwei der drei bestehenden rechten Fraktionen ihre stärkste Kraft und ihr politisches Gravitationszentrum. Das gilt für die bislang drittgrößte politische Gruppe im EP, die rechtskonservative ECR um die britischen *Tories* und die polnische PiS sowie für die kleinere, rechtspopulistische EFDD um die *UK Independence Party* und die italienische Fünf-Sterne-Bewegung. Letzterer dürfte es 2019, nach dem Ausscheiden der UKIP, kaum gelingen, den Fraktionsstatus zu halten, für den sie mindestens 25 Abgeordnete aus wenigstens sieben Ländern benötigt. Einzig die rechtsextreme ENF um Marine Le Pens *Rassemblement National* und Matteo Salvinis Lega wird durch den Auszug der Briten nicht geschwächt. Eine Neuordnung im rechten Lager steht also ohnehin auf der Tagesordnung. Darin wittern nationalistische Strategen eine Chance, endlich dessen Zersplitterung zu beenden. [...]

[...] [V]iel [spricht] dafür, dass die PiS eine Neugruppierung der ECR als erneut drittstärkste Kraft anstrebt. Sie ist dazu bereits ein Bündnis mit den rechten Schwedendemokraten eingegangen. Vor allem aber könnte die ENF um Salvini und Le Pen beträchtlich zulegen und von der kleinsten zur viertstärksten Fraktion aufsteigen, noch vor Linken und Grünen. Das wäre zwar noch keine neue Internationale der Nationalisten, aber durchaus ein veritabler Machtfaktor: Solcherart gestärkt könnten beide Fraktionen nicht nur mit mehr Ausschussposten, sondern insbesondere mit erheblichen Finanzmitteln rechnen.

Wer bei alledem bislang außen vor bleibt, ist der prominenteste Vorkämpfer der autoritären Wende: Ungarns Premierminister Viktor Orbán. Seine Fidesz ist trotz teils fundamentaler politischer Differenzen nach wie vor Mitglied der christdemokratischen EVP und gedenkt dies auch zu bleiben. Erst bei einem möglichen Ausschluss werde man auf Salvini zugehen und versuchen, eine Sperrminorität zu erreichen, drohte jüngst der Fidesz-Europaabgeordnete György Schöpflin. [...]

[...] Viele [...] Mitgliedsparteien [der EVP] sind selbst stark nach rechts gerückt [...]. Da andere auf liberalem Kurs bleiben, wirken Europas Christdemokraten derzeit wie eine [...] Zweckgemeinschaft [...]. [...]

[...] [D]ie neuen Allianzen von Emmanuel Macron und Yanis Varoufakis [...] wollen mit – durchaus unterschiedlichen – Visionen von verstärkter europäischer Zusammenarbeit eine Aufbruchstimmung erzeugen, die in grundlegende EU-Reformen münden soll. Beide scheuen allerdings derzeit den Eintritt in eine bestehende Fraktion.

So dürfte sich Macrons „*Europe en Marche*“ nicht den europäischen Liberalen anschließen. Die ALDE-Fraktion ist für die Ansprüche des französischen Präsidenten schlicht zu klein. Zudem begegnen einige ihrer Mitglieder seinen Plänen für eine Reform der Eurozone mit Skepsis (wie die niederländische VVD um Regierungschef Mark Rutte) oder gar Ablehnung (wie die tschechische ANO um Premierminister Andrej Babis). Macron peilt daher – wie schon in Frankreich – offensiv eine „Neuordnung der Parteigrenzen an“, die zu einer „Fraktion progressiver europäischer Kräfte“ führen soll, die im Mai 2019 Platz zwei erobern kann. Das läuft auf eine bewusste Spaltung bestehender Parteien oder Fraktionen hinaus. [...] Sollte daraus eine starke Liste erwachsen, könnte sie den Reformvorschlägen des französischen Präsidenten in Brüssel größeren Rückhalt verschaffen. Sie würde aber auch Christ- und Sozialdemokraten, Grüne und Liberale schwächen – und damit bisherige oder potentielle Verbündete Macrons verärgern.

Vor deutlich größeren Schwierigkeiten steht der „Europäische Frühling“ um Varoufakis. Er hat zwar Benoît Hamon gewonnen, der 2016 Präsidentschaftskandidat der französischen Sozialisten war – wenn auch mit historisch schwachem Ergebnis – und dessen neue Partei ins grüne Milieu ausstrahlt. Auch verfügt der „Europäische Frühling“ über die Unterstützung von jungen osteuropäischen Parteien, darunter die tschechischen Piraten, mit knapp 11 Prozent drittstärkste Kraft des Landes, und die slowenische Levica, die mit 9 Prozent die Minderheitsregierung in Ljubljana stützt. Es fehlt aber an weiterem Rückhalt in bevölkerungsreichen Ländern – auch weil der Wunschpartner Podemos absagte.

Das verweist auf die Verwerfungen innerhalb der europäischen Linken, für die sich das Jahr 2015 als Wegscheide erweist. Sie ist sich uneins, was die damalige Niederlage von *Syriza* verursacht hat: War es die konfrontative Strategie der Griechen oder aber, dass sie diese nicht konsequent genug verfolgt hat? Und sie streitet seither verstärkt darüber, ob die EU noch reformierbar oder doch strukturell neoliberal ist. Jean-Luc Mélenchon, der auf Konfrontation mit der EU setzt, hat über diesen Zwist eine neue Allianz gegründet, die den Kurs der – aus seiner Sicht zu europafreundlichen – Linksfraktion (GUE/NGL) [...] grundlegend ändern soll. Unterstützt wird er darin u.a. von Podemos und dem portugiesischen Linksblock, die lange proeuropäisch waren, aber zunehmend bezweifeln, dass ein Richtungswechsel in Brüssel noch möglich ist. [...]

Wie Liberale und Christdemokraten steht also auch die Linke vor einer politischen Neusortierung. Die Teilung in kritische Europäer und Linksnationale dürfte sich dabei weiter verfestigen. Im schlimmsten Fall sitzen ab Mai 2019 also zwei Allianzen links von der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament, die einander spinnefeind sind. [...]

Steffen Vogel, „Kampf um Europa: Bannon vs. Macron und Varoufakis“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2018, S. 17 ff.

NICOLAI VON ONDARZA UND FELIX SCHENUIT

Kompetenzen im Praxistest: die Wahlperiode von 2014 bis 2019

Im Gesetzgebungsalltag oftmals auf Augenhöhe mit den Regierungen, aber auch vielfach nicht eingebunden, wenn es um die Kernbereiche nationalstaatlicher Souveränität geht? Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments sind von starken Kontrasten geprägt. Seine Erfolgsbilanz fällt daher auch nach Jahrzehnten europäischer Integrationsgeschichte gemischt aus.

Spitzenkandidaten und Postenvergabe

Den ersten großen Machtkampf in der Legislaturperiode 2014–2019 gab es direkt zu Beginn, als es um die Wahl des Präsidenten der EU-Kommission ging. 2014 fand eine Neuerung des Lissabonner Vertrags erstmals Anwendung, die dem Europäischen Parlament die Kompetenz zuspricht, den Präsidenten der EU-Kommission zu wählen sowie dem Kollegium der Kommissare als Ganzes zuzustimmen (Art. 17 (7) EUV). Die großen europäischen Parteien sind 2014 daher erstmals mit eigenen „Spitzenkandidaten“ im Wahlkampf aufgetreten, mit

dem Versprechen, dass die Europawahlen auch direkten Einfluss auf die Besetzung der EU-Kommission haben sollen.

Allerdings sagt der EU-Vertrag auch, dass der Vorschlag für die Wahl zum Kommissionspräsidenten von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gemacht wird, welche den Ausgang der Europawahlen lediglich „berücksichtigen“ sollen. Nachdem bei den Wahlen 2014 die EVP als stärkste Fraktion bestätigt wurde, drängte die Mehrheit im EU-Parlament darauf, folglich auch deren Spitzenkandidaten, Jean-Claude Juncker, zum Kommissionspräsidenten zu wählen. Mehrere Staats- und Regierungschefs, insbesondere David Cameron aus Großbritannien – dessen Konservative die EVP 2009 verlassen hatten – und Viktor Orbán, EVP-interner Kritiker von Jean-Claude Juncker – lehnten es aber ab, Junckers Nominierung im Europäischen Rat zuzustimmen. Weil das Europäische Parlament aber das Letztentscheidungsrecht über die Wahl des Kommissionspräsidenten hat, konnte es sich letztlich auch gegen Teile des Europäischen Rats durchsetzen, und Juncker wurde zum Kommissionspräsidenten gewählt. Damit wurde das Parlament deutlich gestärkt und die Bindung der Kommission an die Parlamentsmehrheit vertieft.



Wahlkampf auf europäisch: Fernsehdebatte zwischen den fünf Kandidaten für den Posten der EU-Kommissionspräsidentschaft: Alexis Tsipras (Europäische Linke), Ska Keller (Europäische Grüne Partei), Martin Schulz (Sozialdemokratische Partei Europas), Jean-Claude Juncker (Europäische Volkspartei) und Guy Verhofstadt (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) (v. l. n. r.), Mai 2014



Applaus nach der Wahl der EU-Kommission durch das Parlament am 22.10.2014



Europaabgeordnete während einer Abstimmung am 25.10.2018

Vor den Wahlen 2019 ist es noch offen, ob sich diese Sichtweise auf die Wahl des Kommissionspräsidenten wiederholt. Zwar haben EVP, S&D, Grüne und EKR wieder Spitzenkandidaten aufgestellt, die europaweit in den Wahlkampf ziehen wollen. Außer dem EKR haben diese Fraktionen zudem angekündigt, nur jemanden zum Kommissionspräsidenten bzw. zur Kommissionspräsidentin zu wählen, der als Spitzenkandidat/-kandidatin die Wahlen bestritten hat. Allerdings haben die Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat auch festgelegt, dass sie „keinen Automatismus“ bezüglich ihres Vorschlagsrechts für das Amt des Kommissionspräsidenten akzeptieren. Zudem lassen Umfrageergebnisse in den EU-Staaten ein fragmentiertes und damit weniger handlungsfähiges Parlament nach den Wahlen 2019 erwarten. Ein erneuter Machtkampf um die EU-Kommission zwischen Parlament und Mitgliedstaaten ist daher möglich.

Beispiele für Handlungsfelder des Europäischen Parlaments

Das EP hat in den vergangenen fünf Jahren im Rahmen einzelner Entscheidungen viel Aufmerksamkeit erfahren; insbesondere auch, weil diese den Verlauf und das Ergebnis von Gesetzgebungsprozessen maßgeblich beeinflussen konnten. Zwei Beispiele sind in dieser Legislaturperiode besonders hervorzuheben:

CETA-Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada: Die Handelspolitik fällt in die Gruppe von Politikfeldern, in denen der EU allein zuständig ist. Dadurch haben die EU-Institutionen hier einen besonders großen Gestaltungsspielraum. Nachdem das Handelsabkommen mit den USA (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, TTIP) in einigen Mitgliedstaaten und unter den EP-Abgeordneten lautstarke Proteste provozierte, geriet auch das verhandelte Abkommen mit Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*, CETA) in die Kritik. Ein zentraler Kritikpunkt bestand in dem Umgang mit sogenannten Investor-Staat-Klagen.

Diese Klagen boten Investoren in Freihandelsabkommen Gelegenheiten, sich in den jeweiligen Partnerländern an etablierten politischen und juristischen Prozessen vorbei Marktzugänge zu verschaffen. Abgeordnete im EP und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sahen darin eine

grundlegende Gefährdung der Demokratie. Um diesen Konflikt zu lösen, verhandelten die EU und Kanada einen eigentlich bereits abgeschlossenen Vertragstext nach und reformierten die Regelung von Investor-Staat-Klagen.

Dass derartige Konflikte im Kontext des CETA-Abkommens künftig vor einer ständigen Investor-Schiedsgerichtsbarkeit ausgetragen werden und nicht, wie bisher, von ad-hoc einberufenen Gerichten verhandelt werden, stärkt die Unabhängigkeit dieser Verfahren deutlich. Die Auflösung dieses zentralen Konflikts durch die beschriebene Reform geht maßgeblich auf politische Initiativen aus dem Parlament zurück.

Jedes EU-Handelsabkommen bedarf der Zustimmung des Europäischen Parlaments, bevor es in Kraft treten kann. Da die EU aktuell weitere Freihandelsabkommen aushandelt, etwa mit Australien, Neuseeland, Mercosur (dem Gemeinsamen Markt Südamerikas) oder perspektivisch nach dem Brexit mit Großbritannien, wird das EP hier auch in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle spielen.

Datenschutzgrundverordnung (DSGVO): Ein weiterer Fall besonderen Einflusses des Europaparlaments stellt die Datenschutzgrundverordnung dar. Die komplexen Verhandlungen zwischen den EU-Institutionen dauerten insgesamt vier Jahre. Das große Interesse unterschiedlichster Akteure an dieser Reform spiegelte sich auch in den 4000 Änderungsanträgen wider, die durch den deutschen Europaabgeordneten (bis 2.7.2018) Jan-Philipp Albrecht als Berichterstatter im Parlament im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens in den endgültigen Kompromiss eingearbeitet wurden.

Auf die Impulse aus dem Europäischen Parlament wird unter anderem zurückgeführt, dass sich die DSGVO – entgegen starker Lobbybemühungen von Unternehmen wie *Facebook* und *Google* – stark an den Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert. Dass das Parlament eine Gesetzgebung für EU-weite Standards, die durch den globalen Charakter des Internets auch weltweit Wirkung entfalten, maßgeblich mitprägen konnte und öffentlich als Vertreter der Verbraucherinnen und Verbraucher wahrgenommen wurde, ist ein weiteres Beispiel für den Bedeutungszugewinn der EU-Abgeordneten. Auch in Zukunft wird das EP bei der weiteren Regulierung des digitalen Binnenmarkts eine wichtige Rolle spielen, etwa beim Daten- oder Urheberrechtsschutz oder der Regulierung von künstlicher Intelligenz in Europa.

Zuschauer bei Krisen und in der Außenpolitik: Allerdings war das EP bei sehr zentralen und richtungweisenden Ent-



Zeichen von Kontinuität und Stabilität im Oktober 2017: Auszeichnung von verdienten Mitarbeitern, die seit 25 Jahren im Dienst des Europäischen Parlaments stehen.



Im Mai 2017 besucht António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, das Europäische Parlament; hier mit dessen Präsidenten Antonio Tajani (rechts)

scheidungen der EU nicht oder nur begrenzt beteiligt. Insbesondere bei der Bewältigung akuter Krisen gaben die nationalen Regierungen im Rat oder die Kommission in den vergangenen Jahren häufig den Ton an.

Dies zeigt sich erstens in der Eurokrise. Die kurzfristig beschlossenen Hilfs- und Reformpakete für Griechenland, Portugal, Irland und Zypern unterlagen ebenso wenig der Kontrolle des Europäischen Parlaments wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) insgesamt. Denn die Mittel hierfür kamen jeweils aus den nationalen Haushalten, sodass hier die nationalen Parlamente wie der Bundestag Kontrollinstrumente innehaben. Auch die in den krisengeschüttelten Staaten sehr einflussreiche sogenannte Troika zwischen der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank arbeitete nur indirekt unter der Kontrolle des EP, indem es die zuständigen Kommissare kontrolliert. Eine mitentscheidende Rolle hat das Parlament jedoch bei der Rechtssetzung zur Bankenunion sowie bei der Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Zweitens war das EP auch auf der Höhe der sogenannten Migrationskrise im Jahr 2015 vergleichsweise wenig bedeutend. Einer der zentralen Bausteine der damaligen Krisenbewältigung, die Vereinbarung zwischen der EU und dem türkischen Präsidenten Erdoğan, wurde maßgeblich durch die Kommission und Vertreter des Rats (insbesondere der deutschen Regierung) ausgehandelt. Auch bei der hoch umstrittenen Entscheidung zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU musste das EU-Parlament nur angehört werden, die Entscheidung hat der Rat aber alleine treffen können. Das Parlament hat allerdings eine mitentscheidende Rolle bei der langfristigen Reform der Europäischen Asyl- und Migrationspolitik, etwa beim Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex oder der Überarbeitung des Dublinsystems, die jeweils mit voller Beteiligung des Parlaments entschieden werden.

Ähnlich fällt die Bewertung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Zwar konnte das Parlament mit Berichten und Beschlüssen zu einzelnen Ländern, wie zum Beispiel der Türkei

oder Russland, vereinzelt außenpolitische Akzente setzen. Noch stärker als auf nationaler Ebene sind außen- und sicherheitspolitische Fragen auf EU-Ebene aber in der Hand der Regierungen. Weder bei konkreten diplomatischen Reaktionen auf Krisen noch bei Sanktionen oder zivilen und militärischen EU-Missionen/-Operationen kann das EP verbindlich mitbestimmen. Über die Kommission kontrolliert es aber die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Haushalt, etwa für zivile EU-Missionen, die EU-Nachbarschaftspolitik oder die Entwicklungszusammenarbeit.

Zwischenfazit: die Rolle des EP zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Ein Blick auf die formalen und tatsächlichen Kompetenzen zeigt eine gewisse Diskrepanz. So ist das Parlament zwar an mehr Gesetzgebungsprozessen beteiligt als früher und kann diese auch substantiell beeinflussen. Bei einigen hochpolitischen Fragen – insbesondere in politisch brisanten Krisensituationen – scheinen der Rat und die Kommission jedoch weiterhin deutlich relevanter zu sein.

Diese Diskrepanz führt schließlich dazu, dass die Entwicklung des Parlaments nur in Teilen als Erfolgsgeschichte eingeordnet werden kann. Mit dem Vertrag von Lissabon konnte das EP zwar einen deutlichen Bedeutungszuwachs verzeichnen, allerdings lassen zentrale Politikfelder und Momente der Krisenbewältigung noch parlamentarische Kontrolle auf europäischer Ebene vermissen.

Wie sich die Kompetenzen des EP in Zukunft entwickeln hängt einerseits davon ab, ob in den nationalen Regierungen und der Kommission langfristig der Wille besteht, das Parlament stärker einzubinden. Andererseits könnte auch die Zusammensetzung des zukünftigen Parlaments maßgeblich darüber mitentscheiden.

NICOLAI VON ONDARZA UND FELIX SCHENUIT

Die EP-Wahlen 2019 als Richtungswahlen

Was verbinden die Menschen mit Europa? Welche Hoffnungen und Erwartungen setzen sie in die Institutionen der EU, die, nicht zuletzt angesichts des Brexit, in der härtesten Bewährungsprobe ihrer Geschichte steckt? Zeit für Zukunftsszenarien.

Die bevorstehenden Wahlen finden in einer herausfordernden politischen Situation statt. Zunächst steht kurz vor der Wahl voraussichtlich der Brexit bevor. Damit verkleinert sich das europäische Integrationsprojekt zum ersten Mal um einen Mitgliedstaat. Die Aushandlungsprozesse des Brexits haben auch in den verbleibenden EU-27 die Frage aufgeworfen, was für eine Europäische Union sich die Bürgerinnen und Bürger zukünftig wünschen.

Das nächste Europäische Parlament wird mitbestimmen über die Führung der EU-Kommission, den jährlichen und langfristigen EU-Haushalt, die Regulierung des Binnenmarkts, die Energie- und Klimapolitik, die Zukunft der EU Asyl- und Migrationspolitik und viele weitere Themen.

Die Zusammensetzung des kommenden Europäischen Parlaments wird widerspiegeln, wie groß die Unterstützung für EU-skeptische Parteien europaweit ist. Sollte der Fall eintreten, dass EU-skeptische Parteien stärker zusammenarbeiten und Sozialdemokraten und Christdemokraten Sitze verlieren, sind einige Veränderungen in den klassischen Arbeitsabläufen des EP und der Ausrichtungen seiner Entscheidungen zu erwarten. Die Wahlen sind daher nicht nur als wichtiger Stimmungstest für die zukünftige EU-Integration zu sehen, sie haben auch das Potenzial, zunächst das Parlament und darüber schließlich auch das Gesamtgefüge der EU-Institutionen in Zukunft maßgeblich zu verändern.



© European Union 2017 –
Source: EP / Fred MARVAUX

Blick in den gut gefüllten Plenarsaal des Europaparlaments in Straßburg im Februar 2017

Ein neuer Aufbruch für Europa

[...] Die EU ist eine politische Superstruktur, die auf dem Fundament nationaler repräsentativer Demokratien steht. Es sollte nicht überraschen, dass die politischen Umbrüche in vielen europäischen Staaten auch die Grundpfeiler der EU ins Wanken bringen.

Die Gründung der EU wurde durch einen „permissiven Konsens“ unter den Volksparteien des Kontinents ermöglicht. Heute ist die politische Landschaft in den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch weitaus fragmentierter. Die großen Parteien sehen sich von neuen Kräften bedrängt, die den traditionellen Wettkampf zwischen links und rechts zu einem Wettkampf zwischen Volk und Elite umdeuten. Dafür gibt es viele Gründe. Wirtschaften und Gesellschaften werden vielfältiger und zugleich zerklüfteter; digitale Entwicklungen begünstigen die Bildung von Echokammern statt die nationaler Kulturen, und die wachsende Ungleichheit spaltet die Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, was den politischen Prozess zu einem Wettstreit um größere Teile eines kleiner werdenden Kuchens degradiert. Nicht zuletzt deshalb wurden die Kämpfe um Identität in jüngster Zeit so brutal geführt.

In dieser Situation hat sich die EU als jene ultimative Elite entpuppt, gegen die sich Menschen am einfachsten mobilisieren lassen. Doch auch die EU selbst hat einige der Entwicklungen mit angefacht, die zur populistischen Wende in der Politik beigetragen haben. Erstens zwang Brüssel einigen Ländern – insbesondere der Euro-Zone – Entscheidungen auf, die jeglicher politischen Auseinandersetzung und Anfechtbarkeit entrückt zu sein schienen. So beförderte man das Narrativ der Alternativlosigkeit, gegen das sich Widerstand formierte: Der Ruf, „die Kontrolle zurückzuerobieren“, war für die Brexit-Befürworter der zugkräftigste Slogan.

Zweitens veränderte die EU die Erwartungen der Menschen. Statt ihre Situation mit der eigenen Vergangenheit oder den Lebensumständen ihrer Eltern abzugleichen, vergleichen sich Europäer heute mit den am besten gelittenen EU-Mitbürgern. Das erklärt, warum so viele Menschen in Polen unglücklich sind, obwohl es der polnischen Wirtschaft gut geht.

Die meisten Sorgen bereitet allerdings der Umstand, dass gerade die Charakteristika, die das europäische Projekt in der Vergangenheit erfolgreich machten, nun zu seiner Unbeliebtheit beitragen. Die EU gründete sich auf der Idee, dass Interdependenz Konflikte reduziert. Verzahnt man europäische Produktionsketten, zuerst durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und später durch den Binnenmarkt und den Euro, dann würde man die Länder des Kontinents so eng aneinander binden können, dass ein Krieg untereinander schlicht keine Option mehr wäre. Tatsächlich wurde ein innereuropäischer Konflikt undenkbar – Europa blühte auf.

Jetzt sind es die gegenseitigen Abhängigkeiten – bei dem Euro, der Migration oder der Terrorgefahr –, die Gefühle der Schutz- und Machtlosigkeit hervorrufen. Wir sind so gut darin geworden, Mauern und Grenzen zwischen Menschen, Märkten und Kapital einzureißen, dass wir blind für die Ängste geworden sind, die eine grenzenlose Welt hervorrufen kann.

Um die EU zu retten, müssen sich europäische Regierungschefs umorientieren. Statt neue Mittel und Wege zu finden, Menschen aneinander zu binden, müssen sie ihre ganze Energie darauf verwenden, Menschen die Vorteile der innereuropäischen Interdependenz spüren zu lassen: Das bedeutet, dass die wirtschaftlichen Erträge, die durch offene Grenzen und Freizügigkeit erst ermöglicht werden, an jene Gemeinschaften fließen müssen, die den Hauptteil der damit verbundenen Lasten tragen; dass



April 2017: Auf dem Gendarmenmarkt in Berlin zeigen Demonstranten der pro-europäischen Bürgerinitiative „Pulse of Europe“, was sie sich von der EU erhoffen.

die Kontrolle der Außengrenzen und die Zusammenarbeit gegen den Terror gestärkt werden; dass mehr Flexibilität in Sachen Integration und Migration geschaffen wird; dass man zu der Idee zurückkehrt, dass die vornehmste Pflicht der EU-Institutionen darin besteht, die europäischen Nationalstaaten zu schützen, und nicht darin, ihren eigenen Einfluss zu stärken. [...]

In diesem neuen Europa muss es mehr Raum geben, politische Auseinandersetzungen auszutragen, statt unerbittlich auf Konsens zu pochen. Die Art, wie sich die großen europäischen Volksparteien im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat zusammengetan haben, hat zu der Wahrnehmung beigetragen, dass es eine Art „europäisches Kartell“ gibt, das jeden Widerspruch im Keim erstickt. Das nutzten populistische Parteien, um die Bürger gegen die europäischen Eliten aufzuhetzen.

Eine der größten Gefahren für die etablierten Parteien besteht darin, den Wettstreit zwischen Offenheit und Abschottung zur Kernfrage des 21. Jahrhunderts zu erklären. Dies würde bereits bestehende Gräben nur noch weiter aufreißen und viele Menschen noch stärker in die Opposition treiben. Die Lösung liegt vielmehr darin, eine neue Politik des Miteinanders zu erfinden, die die Ängste der Menschen auf der Verliererseite ernst nimmt und ihnen glaubhaft vermitteln kann, dass aus den gegenseitigen Abhängigkeiten in Europa Sicherheit erwächst. In diesem Bestreben muss man sich aus der linken Komfortzone herausbegeben, also nicht nur die wirtschaftliche Benachteiligung der Abgehängten anprangern, sondern auch deren kulturellen und sozialen Ängste anerkennen und lindern. Die neuen politischen Trennlinien sollten zwischen denjenigen verlaufen, die ein organisiertes Miteinander befürworten, und denen, die das ablehnen. Es geht um eine altbekannte Frage: Wer profitiert von Vernetzung? Wenn wir es nicht schaffen, eine neue Politik des Miteinanders zu erdenken, die Menschen vor den Kehrseiten des etablierten Systems schützt, dann könnte die Gegenrevolution das komplette europäische Konstrukt hinwegfegen. [...]

Mark Leonard ist Direktor des *European Council on Foreign Relations* (ECFR).

Mark Leonard, „Europas Galapagos-Moment“, in: *Internationale Politik* 3, Mai/Juni 2017, S. 68 ff.

Vom „Brexit“-Europa zum „Bürger“-Europa?

[...] [N]ach zwei Jahren des Überlegens und Verhandeln[s] [in welcher Form Großbritannien die Europäische Union verlässt] [ist es][...] Zeit für alle Bürger der Europäischen Union, sich zu fragen, was der quälende Brexit-Prozess für sie gebracht hat. Als Erstes muss man feststellen, dass das europäische Thema sich im Verlauf dieser Jahre neu politisiert hat. Lange vorbei ist die Zeit, wo „Europa“ vor allem historisch begründet und konkret verlästert wurde, ohne dass dies Folgen zu haben schien.

Die historischen Begründungen hat Aleida Assmann, die diesjährige Friedenspreisträgerin des deutschen Buchhandels, soeben noch einmal klassisch zusammengefasst [...]. Vier Lehren der Geschichte seien es, die den „europäischen Traum“ tragen: die Friedenssicherung zwischen einstigen Erzfeinden, die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in vormaligen Diktaturen, der Aufbau vor allem der deutschen Erinnerungskultur und die Erneuerung der Menschenrechte als Leitschnur der Politik. Dass all dies organisch zusammenhängt, liegt auf der Hand. „Europa“, die politische Integration seiner sich vormals immer wieder aufs Blut bekämpfenden Nationen, erscheint als zwingendes Resultat dieser Lehren.

So hat man es immer wieder gehört, und darum mussten sich Zweifel und Kritik zuletzt vor allem gegen dieses „Narrativ“ richten: Den Frieden zwischen den Völkern haben die Querelen um den Euro in Gefahr gebracht, die EU war bisher nicht imstande, den Abbau der Rechtsstaatlichkeit in Osteuropa zu stoppen, die Erinnerungskulturen haben das Potenzial, einander zu bestreiten – vor allem zwischen dem Westen und Osten Europas –, und die Politik der Menschenrechte hat in der Flüchtlingsfrage einen regelrechten Schiffbruch erlitten.

Doch schon der Umstand, dass sich die großen Linien der Feiertagsreden in konkrete politische Streitthemen zurückverwandelt haben, bezeichnet einen neuen Zustand. „Europa“ steht seit der Krise des Euro, der Flüchtlingskrise und dem Brexit so zur Disposition wie kaum zuvor in seiner knapp siebzehnjährigen Geschichte. Selbst die Ablehnung der Verfassung 2005 durch Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden bedeutete keine so tief gehende Krise.

Der britische Fall ist in vieler Hinsicht besonders. Erstens, weil das Vereinigte Königreich von manchen fundierenden Lehren der Geschichte in geringerem Maß betroffen zu sein scheint: Erbfeindschaften wie die deutsch-französische hat es nicht gepflegt; als Demokratie und Rechtsstaat verfügt es über stabile Traditionen; die Vergangenheit wird immer noch weit hin als ruhmreich empfunden, historisch kann sich England durch seinen Einsatz in den zwei Weltkriegen auf der richtigen Seite sehen. Dazu kommt, dass Großbritannien sich das Euro-Problem erspart hat. Was allerdings für den Brexit eine enorme Rolle spielte, war die Migrationsfrage.

Nun gab es immer einen zweiten Europa-Diskurs, der die Vielfalt und Eigenwüchsigkeit auf dem Kontinent mit „Brüssel“ kontrastierte, dem angeblichen Bürokratiemonster, seiner gouvernementalen Undurchsichtigkeit, dem „Hayek-Europa“ (Perry Anderson) der Marktconformität. Andere wiederum störten sich an Sozial-, Produkt- und Umweltstandards, die dem Markt im Gegenteil mit neuen Fesseln neue Bahnen öffneten und alte Gewohnheiten aufhoben. Kritik an Deregulierung oder an Gurkenkrümmungsnormierungen – der Anti-Brüssel-Diskurs war immer ein drehbares Geschütz.

Die Vorgeschichte des Brexit zeigt, dass jahrelanges Gerede mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten folgenreich ist.

Großbritannien, von historischen Belastungen vermeintlich frei, gönnte sich den Anti-Brüssel-Affekt und lernte seit der Brexit-Abstimmung eine Realität kennen, von der vorher niemand gesprochen hatte. Das Gewürge um den richtigen Weg zum Ausstieg hat nicht nur die britische Öffentlichkeit, sondern auch die aller anderen EU-Länder auf ganz neue Weise mit dem Projekt Europa bekannt gemacht. Die britische Mühsal hat, so erstaunlich das ist, erstmals profunde Öffentlichkeit über die EU hergestellt.

Nun musste das Ausmaß der Verflechtungen auf allen Ebenen neu verhandelt werden: Lieferketten, Industrienormen, Lebensmittel- und Pharmaziestandards, Sicherheitsarchitekturen, Verkehrsstrukturen zu Land und in der Luft, Fischereirechte, Forschungsverbünde, Studienaustausch, eine Riesenswelt von Reibungslosigkeit geriet nun in Gefahr. Brüssel, das angebliche Monster, das nicht mehr Beamte beschäftigt als eine mittlere deutsche Stadtverwaltung, hatte ganze Arbeit geleistet.

[...] [U]nd das ist das erstaunlichste Ergebnis des Brexit-Jammers: Ausgerechnet in Großbritannien vermag die EU riesige Plätze zu füllen. Die Leute schwenken Fahnen und Transparente mit dem blauen Sternenbanner, gern mit Herzchen geschmückt. Die Umfragen zeigen eine mittlerweile größere Hälfte der Bevölkerung, die immer noch für den Verbleib in der EU ist. [...]

Auf dem Kontinent gibt es Parallelen. Die Demonstrationen mit dem „Pulse of Europe“ waren ein kontinuierlicher Erfolg. Von der Auflösung des Euro wird selbst in Krisenländern wie Italien nicht mehr ernsthaft gesprochen.

[...] Noch ist allerdings unklar, wie sich die Bewegung der „Gelbwesten“ in Frankreich zur EU stellt. Die bis heute nicht gelösten europäischen Großthemen, der Euro und die Migration, haben eine neue Dynamik zwischen den Nationen und Brüssel erzeugt [...]. Die Krisen seit 2008 haben gezeigt, dass keinem Bürger der EU gleichgültig sein kann, was in den anderen Ländern geschieht.

[...] [W]enn Europa Glück hat, wird man im Rückblick einmal sagen: Der Brexit hat die EU der Regierungen beerdigt und die EU der Bürger begründet.

Gustav Seibt, „Danke, England“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. Dezember 2018



Protest gegen den Brexit vor dem britischen Parlament im Juni 2018

Terminplan Europawahl

| | |
|---------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Mo, 04.03.2019 (83. Tag vor der Wahl) | Letzter Tag – 18.00 Uhr – für die Einreichung der Wahlvorschläge für Listen für ein Land und gemeinsame Listen für alle Länder beim Bundeswahlleiter |
| Fr, 15.03.2019 (72. Tag vor der Wahl) | <ol style="list-style-type: none"> Fristablauf <ol style="list-style-type: none"> für die Zurücknahme oder Änderung eines Wahlvorschlages für die Beseitigung von Mängeln des Wahlvorschlages, die seine Gültigkeit nicht berühren Entscheidung des Bundeswahlausschusses über die Zulassung <ol style="list-style-type: none"> der gemeinsamen Liste für alle Länder der Listen für einzelne Länder Frühester Termin für die Erteilung von Wahlscheinen |
| Di, 19.03.2019 (68. Tag vor der Wahl) | <p>Letzter Tag für die Einlegung einer Beschwerde</p> <ol style="list-style-type: none"> beim Bundeswahlausschuss gegen dessen Entscheidung, mit der ein Wahlvorschlag ganz oder teilweise abgelehnt wird (§ 14 Absatz 4 Europawahlgesetz) beim Bundesverfassungsgericht gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, einen Wahlvorschlag wegen fehlenden Wahlvorschlagsrechts nach § 8 Absatz 1 Europawahlgesetz zurückzuweisen (§ 14 Absatz 4a Europawahlgesetz). Bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (längstens bis zum Ablauf des 52. Tages) ist die Entscheidung des Bundeswahlausschusses gehemmt. |
| Do, 04.04.2019 (52. Tag vor der Wahl) | <p>Letzter Tag bis zu einer Entscheidung über die vorgenannte Beschwerde</p> <ol style="list-style-type: none"> nach Nummer 1. durch den Bundeswahlausschuss nach Nummer 2. durch das Bundesverfassungsgericht |
| Mo, 08.04.2019 (48. Tag vor der Wahl) | <p>Letzter Tag für die öffentliche Bekanntmachung über</p> <ol style="list-style-type: none"> die zugelassenen Listen für einzelne Länder die zugelassenen gemeinsamen Listen für alle Länder durch den Bundeswahlleiter |
| So, 14.04.2019 (42. Tag vor der Wahl) | Stichtag für die Eintragung aller Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis , die an diesem Tag bei der Meldebehörde gemeldet sind |
| So, 05.05.2019 (21. Tag vor der Wahl) | <p>Letzter Tag für die</p> <ol style="list-style-type: none"> Benachrichtigung der Wahlberechtigten über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis durch Wahlberechtigte, die nur auf Antrag (Anlage 2 EuWO) eingetragen werden (Deutsche im Ausland) Stellung eines Antrags auf Eintragung in das Wählerverzeichnis von wahlberechtigten Unionsbürgern (Anlage 2A EuWO) Stellung eines Antrags von Unionsbürgern, nicht im Wählerverzeichnis geführt zu werden (Anlage 2C EuWO) |
| Mo, 06. bis Fr, 10.05.2019 (20. bis 16. Tag vor der Wahl) | Möglichkeit der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis und Einspruchsmöglichkeit wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses |

| | |
|----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Do, 16.05.2019 (10. Tag vor der Wahl) | Letzter Tag für die Zustellung der Entscheidung über die Einsprüche gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses |
| Sa, 18.05.2019 (8. Tag vor der Wahl) | Letzter Tag für die Einreichung der Beschwerde an den Kreiswahlleiter (in kreisfreien Städten an den Stadtwahlleiter) gegen die Entscheidung der Gemeindebehörde über Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerverzeichnisse ; die Beschwerde ist bei der Gemeindebehörde einzulegen |
| Mo, 20.05.2019 (6. Tag vor der Wahl) | Spätester Termin für die Bekanntmachung der Gemeindebehörde über Beginn und Ende der Wahlzeit, Wahlbezirke, Wahlräume, Stimmzettel und Wahlverfahren |
| Mi, 22.05.2019 (4. Tag vor der Wahl) | Letzter Tag für die Entscheidung des Kreiswahlleiters oder Stadtwahlleiters über Beschwerden gegen die Entscheidung der Gemeindebehörde über Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis |
| Fr, 24.05.2019 (2. Tag vor der Wahl) | Letzter Tag – 18.00 Uhr – für die Beantragung von Wahlscheinen |
| So, 26.05.2019 (Tag der Wahl) | <ol style="list-style-type: none"> 1. Stimmabgabe in der Regel in der Zeit von 08.00 bis 18.00 Uhr 2. bis 15.00 Uhr – Beantragung von Wahlscheinen in besonderen Fällen (§ 24 Absatz 2 EuWO und bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung) 3. 18.00 Uhr spätester Zeitpunkt für den rechtzeitigen Eingang der Wahlbriefe bei der zuständigen Stelle 4. nach 18.00 Uhr Ermittlung, Feststellung und Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses 5. amtliche Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses für Deutschland durch den Bundeswahlleiter (frühestens, wenn die Wahl in dem EU-Mitgliedstaat, dessen Wähler in dem Wahlzeitraum als Letzte wählen, abgeschlossen ist) |
| Ab Mo, 27.05.2019 (1. Tag nach der Wahl) | <ol style="list-style-type: none"> 1. Ermittlung und Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Kreisen und kreisfreien Städten durch die Kreis- und Stadtwahlausschüsse in öffentlicher Sitzung 2. Ermittlung und Feststellung des endgültigen Ergebnisses im Land durch den Landeswahlausschuss in öffentlicher Sitzung 3. Feststellung des endgültigen Ergebnisses im Wahlgebiet und welche Bewerber gewählt sind durch den Bundeswahlausschuss in öffentlicher Sitzung 4. Benachrichtigung der Gewählten durch den Bundeswahlleiter 5. Öffentliche Bekanntmachung <ul style="list-style-type: none"> → des endgültigen Wahlergebnisses im Land durch den Landeswahlleiter → des endgültigen Wahlergebnisses für das Wahlgebiet, die Verteilung der Sitze auf die einzelnen zu berücksichtigenden Wahlvorschläge sowie der im Wahlgebiet gewählten Bewerber durch den Bundeswahlleiter |
| Di, 02.07.2019 (37. Tag nach der Wahl) | Gewählte Bewerber erwerben die Mitgliedschaft im Europäischen Parlament nach der abschließenden Feststellung des Ergebnisses mit Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Europäischen Parlaments |
| Fr, 26.07.2019 (2 Monate nach der Wahl) | Letzter Tag für die Einspruchsmöglichkeit gegen die Gültigkeit der Wahl beim Deutschen Bundestag durch jeden Wahlberechtigten, die Landeswahlleiter, den Bundeswahlleiter und den Präsidenten des Bundestages |

Literaturhinweise

Beck, Ulrich / Grande, Edgar: Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne, Frankfurt 2004, 432 S.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte, Europa wählt (APuZ 4-5/2019), 40 S., online unter: www.bpb.de/283964/europa-waehlt

Dies. (Hg.): Reihe einfach POLITIK: Europa wählt. Heft in einfacher Sprache, Autorinnen: Dorothee Meyer, Katrin Ehrenberg, Liza Holetzke, Bonn, 11. Januar 2019, 36 S., online unter www.bpb.de/shop/lernen/einfach-politik/283704/europa-waehlt

Costa, Olivier: The coming of age of the European Parliament, in: Journal of European Integration, 39 (2017) 3, S. 365–369

Dialer, Doris / Maurer, Andreas / Richter, Margarethe: Handbuch zum Europäischen Parlament, Baden-Baden 2015, 420 S.

Duff, Andrew: How to govern Europe better: Reflections on reform of the European Parliament, Commission and Council, European Policy Centre, Brüssel, 13. Februar 2018, 8 S., online unter: www.epc.eu/documents/uploads/pub_8271_gouverneuropebetter.pdf?doc_id=1949

Europäische Union: Vertrag von Lissabon, Brüssel 2009, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A12007L%2FTEXT>

Europäisches Parlament (Hg.): Review of European and National Election Results. Update: September 2018, 312 S., online unter: <https://publications.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/5360bacb-caa6-11e8-9424-01aa75ed71a1>

Habermas, Jürgen: Citizen and state equality in a supranational political community: degressive proportionality and the pouvoir constituant mixte, in: Journal of Common Market Studies, 55 (2017) 2, S. 171–182

Herr, Vincent-Immanuel / Speer, Martin: #TunWirWas: Wie unsere Generation die Politik erobert, München 2018, 256 S.

Hillje, Johannes: Plattform Europa_Warum wir schlecht über die EU reden und wie wir den Nationalismus mit einem neuen digitalen Netzwerk überwinden können, Bonn 2019, 176 S.

Holzner, Thomas (2015): Das Europäische Parlament im Institutionsgefüge der EU: Verschiebung der Kräfteverhältnisse infolge der Durchsetzung eines „Spitzenkandidaten“ als Kommissionspräsident?, in: EuropaRecht, 50 (2015) 5, S. 525–541

Kalcik, Robert / Wolff, Guntram B.: Is Brexit an opportunity to reform the European Parliament?, Policy Contribution 2/2017, hg. von Bruegel, 15 S., online unter: http://bruegel.org/wp-content/uploads/2017/01/PC-2017_02-Euro-Parl-310117.pdf

Kaeding, Michael / Switek, Niko (Hg.): Die Europawahl 2014 – Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden 2015, 407 S.

Ondarza, Nicolai von / Schenuit, Felix (2018): Die Reform des Europäischen Parlaments: Nach dem Brexit werden die Sitze neu verteilt – doch bleibt es (vorerst) bei einer kleinen Lösung, SWP-Aktuell 2018/A 11, Berlin, Februar 2018, 8 S., online unter: www.swp-berlin.org/publikation/reform-des-eu-parlaments-nach-dem-brexite/

Dies.: Exit der Skeptiker: Wie sich der Brexit auf die Europawahlen 2019 auswirken wird, in: IP, Internationale Politik 6, November/Dezember 2018, S. 76–81

Dies.: Schatten über den Europawahlen: Drei Szenarien für EU-skeptische Parteien nach den Wahlen 2019, SWP-Aktuell 2018/A 58, Berlin, Oktober 2018, 8 S., online unter: www.swp-berlin.org/publikation/schatten-ueber-den-europawahlen/

Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (Hg.): Von der Schiedsgerichtsbarkeit zur Investitionsgerichtsbarkeit. Die Entwicklungen der CETA-Regeln, Autoren: Laura Puccio und Roderick Harte, Juni 2017, 34 S., online unter: [www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2017/607251/EPRS_IDA\(2017\)607251_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2017/607251/EPRS_IDA(2017)607251_DE.pdf)

Raunio, Tapio / Wagner, Wolfgang: Towards parliamentarisation of foreign and security policy?, in: West European Politics, 40 (2017) 1, 1–19

Internetseiten und aktuelle Umfragen

Fraktionen im Europäischen Parlament

Europäische Volkspartei
www.eppgroup.eu/de

Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
www.socialistsanddemocrats.eu/de

Europäische Konservative und Reformier
<https://ecrgroup.eu/>

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
<https://alde.eu/en/>

Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke
www.guengl.eu/

Grüne / Freie Europäische Allianz
www.greens-efa.eu/de/

Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
www.efddgroup.eu/

Europa der Nationen und der Freiheit
www.enfgroup-ep.eu/

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
www.bpb.de/europawahl-2019

Bundeswahlleiter – Europawahlen 2019
<https://bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019.html>

Europäische Kommission – Eurobarometer 90. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Erste Ergebnisse, Herbst 2018
<http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/survey/getsurveydetail/instruments/standard/surveyky/2215>

Europäisches Parlament
www.europarl.europa.eu/portal/de

Europäisches Parlament, Europawahl 2019: Wie viele Abgeordnete pro Land?
www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20180126STO94114/europawahl-2019-wie-viele-abgeordnete-pro-land

Europäisches Parlament, Mitglieder des Europäischen Parlaments (nach Land und Fraktion)
www.europarl.europa.eu/meps/de/search/table

Europäisches Parlament, Wahlbeteiligung 1979–2014
www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/turnout.html

Europäisches Parlament, Ordentliches Gesetzgebungsverfahren
www.europarl.europa.eu/germany/de/europa_und_sie/das_ep/gesetzgebungsverfahren/ordentliches_gesetzgebungsverfahren.html#shadowbox/1/

Europäisches Parlament, Legislative Train Schedule, General Data Protection Regulation
www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-area-of-justice-and-fundamental-rights/file-general-data-protection-regulation

Der (europäische) Föderalist
www.foederalist.eu

Politico Europe, 2019 European Elections
www.politico.eu/2019-european-elections/

Poll of Polls, Umfragedaten für Europa
<https://de.pollofpolls.eu>

Verbindungsbüro des EP in Deutschland
www.europarl.europa.eu/germany/de/service/verbindungsbc3%BCro-des-ep-in-deutschland

Vote Watch Europe
www.votewatch.eu

Wahlrecht.de, Europawahlrecht
www.wahlrecht.de/ausland/europa.htm

Die Autoren

Nicolai von Ondarza ist promovierter Politikwissenschaftler und Leiter der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

nicolai.vonondarza@swp-berlin.org

Felix Schenuit ist Politikwissenschaftler und promoviert am Centre for Globalisation and Governance der Universität Hamburg. Bis Ende 2018 war er Forschungsassistent in der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

felix.schenuit@uni-hamburg.de

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Dr. André Hein (Volontär, federführend bei dieser Ausgabe)

Titelbild:

picture alliance / ZUMAPRESS.com / Sabelle Babbar
Demonstranten der proeuropäischen Bewegung „Pulse of Europe“ haben einen gusseisernen Löwen am Rande einer Veranstaltung in München mit der Europaflagge versehen; Bild vom 4. Juni 2017

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

Druckhaus Kaufmann GmbH & Co. KG, 77933 Lahr

Grundversand:

ssm system service marketing gmbh, 68167 Mannheim

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 430 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Februar 2019

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter
www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Mehr Europa?

Weitere Angebote rund um das Thema
Europawahlen

Mehr erfahren in Print und Online unter
www.bpb.de/europa



einfach POLITIK | **Europa wählt** |
Heft in einfacher Sprache |
Bestell-Nr. 9400 | Kostenlos



Zeitbilder | **Die Europäische Union** |
Aufgaben, Strukturen und Chancen |
Bestell-Nr. 3980 | 3,00 Euro



Aus Politik und Zeitgeschichte |
Europa wählt | Bestell-Nr. 71904 |
Kostenlos



Themenseite Europawahl 2019 |
www.bpb.de/europawahl

